

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4,50 RM, monatlich 1,50 RM.
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Monatlich
 1,50 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2.— RM. für das übrige Ausland
 4,50 RM. monatlich. Besondere ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM.
 Postbestellungen nehmen an Adre-
 marz, Gollan, Burenburg, Schwaben
 und die Schweiz. Eingetragen in die
 Post-Bestellungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Einzelnenpreis:
 Die Nebenspalte des Anzeigenblattes kostet
 60 Pf. „Kleines Anzeigen“, das
 fertige Wort 10 Pf. (gültig
 2 fertige Wörter), jedes weitere
 Wort 10 Pf. Streifenpreise und
 Schloßstellenangelegenheiten das erste Wort
 10 Pf. jedes weitere Wort 5 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Kreuzungsdruck 30%
 Familien-Anzeigen 50 Pf.
 politische u. gesellschaftliche Bezeich-
 nungen 40 Pf. für Zeile. Kreuzungs-
 druck die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft
 Berlin, S.W. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Gedruckt von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. | Donnerstag, den 14. Februar 1918. | Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97. | Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97.

Polnische Krise.

Warschau, 12. Februar. Wie die Blätter melden, fand gestern eine mehrstündige Sitzung des Ministeriums unter Vorsitz des Regentenschaftsrates statt. Gegenstand der Erörterung waren die letzten politischen Ereignisse, insbesondere der Friedensvertrag mit der Ukraine.
 Am Abend hat Ministerpräsident Ruzharczewski dem Regentenschaftsrat die Demission des Kabinetts überreicht.
 „Gazeta Poranna“ zufolge wird Ruzharczewski dem Regentenschaftsrat heute in dieser Angelegenheit eine begründende Erklärung überreichen.
 Wien, 12. Februar. Den Abendblättern zufolge erklärten auch die polnischen Mitglieder des Herrenhauses, daß sie sich mit Rücksicht auf die der Ukraine im Friedensvertrag zugestandenen Grenzen der Opposition des Polenklubs im Abgeordnetenhaus anschließen.

lichtigen großen Zahl von Quadratkilometern verwicklichen, und es ist ihm vollständig gleichgültig, was aus dem andern dabei wird.
 Zudem, kein Philosophieren hilft über die Tatsache hinweg, daß die schönen Tage der deutsch-polnischen Freundschaft vorüber sind. An ihrer Stelle tritt etwas Neues in Erscheinung, die deutsch-ukrainische Interessengemeinschaft gegen die polnischen Bestrebungen. Aber ein leiser Ruch der Weltgeschichte kann auch dieses Bild im Kaleidoskop des Dünkens, in dem freilich nichts Schönes zu sehen ist, wieder verändern.
 Eine auch nur scheinbar freiwillige Anlehnung Polens an die Mittelmächte wird sich nicht mehr erzielen lassen. Das Projekt der „austropolnischen Lösung“ schwimmt weichel- abwärts davon — sollten damit nicht auch die litauisch-litauischen Herzogtümer hinfallen? Alles, was fest zu werden schien, zerfließt unter den Händen wieder zu Brei, und man beginnt darüber nachzudenken, ob das, was unter dem Jaren war und ohne ihn besser hätte werden können, nicht am Ende doch eine ganz nützliche Einrichtung für die Ordnung der Welt gewesen ist: . . . Rußland!

Die Russen des Cholmer Gouvernements werden von den Ukrainern als Stammesbrüder angesprochen und sie beanspruchen das Land außerdem auf Grund aller geschichtlicher Ueberlieferungen, während die polnischen Nationalisten, von denen ein Teil das Land dem Jaramismus zu opfern bereit war, die Abtrennung des Gouvernements als Vergewaltigung empfinden.

Die Schwierigkeiten des Gesamtkomplexes der polnischen Fragen werfen ihre Schatten voraus. Der Anknüpf ist zu verworren und läßt sich durch keine Formel lösen. Es ist anzunehmen, daß die Grenze des künftigen Litauens an die ukrainische stoßen wird. Dadurch würde Polen nicht nur von Rußland endgültig getrennt, sondern es sieht sich gezwungen, auf die litauischen Gebiete zu verzichten. Das früher zu Rußisch-Polen gehörende Gouvernement Suwalki mit vorherrschender litauischer Bevölkerung soll losgetrennt und zu Litauen geschlagen werden. Die Gouvernements Wilna, Nowo, Grodno, Minsk, Mogilew, in denen die polnische Bevölkerung eine Minderheit, zum Teil eine sehr geringe Minderheit bildet, werden von den Polen ebenfalls beansprucht. Diese Gouvernements betrachten sie als polnisch, obwohl im Gouvernement Minsk z. B. die polnische Bevölkerung nur etwa 5 Proz. ausmacht; dagegen befindet sich der größte Teil des Großgrundbesitzes in diesem Gouvernement in polnischen Händen. Die jetzt gegen die Bolschewiki kämpfenden polnischen Kräfte annektieren die von ihnen eroberten Landstriche für das künftige polnische Reich. Sie kümmern sich nicht darum, daß die Bevölkerung von Minsk, Mogilew usw. fast ganz weißrussisch ist und ihre eigene Autonomie erstrebt. Es ist nicht klar, wie die Bereinigung des östlich des litauischen Staates gelegenen Gebiete mit Polen in jenem Falle erfolgen könnte.

Der Streit um Cholm.

Die Oppositionsaktion des Polenklubs des österreichischen Reichsrates und Herrenhauses sowie die Demission des ersten polnischen Ministeriums sind, wie schon gesagt, zweifellos als Folge des deutsch-ukrainischen Friedensschlusses zu betrachten. Das Wolff-Telegramm deutet dies auch an. Im Artikel II des Friedensvertrages sind die Grenzen der Ukraine gegenüber Oesterreich und Polen festgelegt worden. Die Linienführung endet dort, wo sie die Frontlinie kreuzt. Weiter nördlich hört die Ukraine auf, eine bestimmte Grenze aufzuweisen. Die Grenze gegenüber Oesterreich bleibt dieselbe, wie vor dem Ausbruch des Krieges zwischen Rußland und Oesterreich. Damit wurde ausgesprochen, daß Ostgalizien mit seiner überwiegend ukrainischen Bevölkerung bei Oesterreich unter polnischer Herrschaft verbleibt. Weiter führt die im Vertrage vereinbarte ukrainische Grenze mit dem neuen polnischen Staate am Ostende des Gouvernements Lublin, so daß das Gouvernement Cholm, ein Teil des früheren Kongreß-Polen, zu der Ukraine geschlagen wird.

Verlegung des Sitzes der ukrainischen Rada

Wien, 12. Februar. (Meldung des Wiener N. N. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Die Blätter melden: Die Rada hat ihren Sitz nach Schitomir verlegt und die direkte Verbindung mit uns hergestellt. Es ist sehr zu hoffen, daß durch diese örtliche Näherung eine beschleunigte Abwicklung aller im Verhandlungswege festgelegten Abmachungen erfolgen wird.
 Schitomir, die Hauptstadt des Gouvernements Wolhynien, liegt nahe der österreichisch-ukrainischen Grenze. Der Grund der Sitzverlegung der Zentralrada, des vierhundertköpfigen Vorparlamentes des ukrainischen Staates, ist in dem Telegramm zwar angedeutet, doch nicht einleuchtend genug. Der frühere Sitz der Rada, die Landeshauptstadt Kiew, ist sonst der gegebene politische und administrative Mittelpunkt der ukrainischen Republik. Wählte man Schitomir etwa deshalb, weil Kiew doch nicht in Händen der Rada ist?

In dem Tag, an dem der Ukrainierfrieden veröffentlicht wurde, sagten wir hier, daß mit der Festlegung der polnisch-ukrainischen Grenze die Ukrainer sehr, die Polen vielleicht weniger zufrieden sein würden. Die Unzufriedenheit der Polen hat sich inzwischen in recht explosiver Weise geäußert, so daß man heute mit einiger Uebertreibung sagen kann, wir hätten für den Frieden mit der Ukraine den Krieg mit Polen eingetauscht.

Die Zuweisung des Cholmer Gebiets an die Ukraine hat sofort die Folge gehabt, daß der österreichische Polenklub der Regierung Seidler die allerhöchste Fehde anjagte. Diese Fehdeanfrage richtet sich aber wohlverstanden nicht bloß gegen eine zufällige Regierung — dem könnte ja leicht abgeholfen werden —, sondern an die Mittelmächte selbst und besonders an den Kaiser von Oesterreich, der sich nun seine polnischen Königspläne an den Gut stecken kann. Zugleich hat die polnische Regierung in Warschau für die Besetzungsmächte eine nicht geringe Verlegenheit geschaffen, indem sie abdankte und damit die von ihr betriebene Politik der Anlehnung an die Mittelmächte für konterträt erklärte.

Der Fall Polen zeigt aufs neue die Unmöglichkeit, den russischen Kunden so zu beschneiden, daß alle Kinder zufrieden sind. Am schwersten zu beschneiden sind offenbar die Polen, deren nationaler Appetit einfach unbändig ist. Er säuert nach allen Richtungen der Windrose und macht ebenso ungefühm den freien Zugang zum Meere wie die Ausdehnung nach Osten, wo er mit seinen Legionen schon auf Weißrußland Beschlag gelegt hat. Wenn Galizien samt seinem ukrainischen Gebiet dem großpolnischen Reich angegliedert wird, was als Selbstverständlichkeit gilt, dann bleiben als schwerer zu bewältigendes, darum aber nicht aufgegebenes Stück die von Polen bewohnten Gebietsteile des Deutschen Reichs.

Diese diese ernste Zeit für das Gefühl der Schadenfreude Raum, so könnten sich jetzt die vergnügt die Hände reiben, die vor der Politik, welche mit der Selbständigkeitserklärung Polens eingeleitet wurde, schon immer gewarnt haben. Diese Politik, die letzten Endes auf die Zerstückelung Rußlands hinausläuft, bringt weder den Mittelmächten noch dem Osten etwas gutes, sie ist aber von dem verbohrtten russischen Bolschewismus in einer Weise gefördert worden, daß der Widerstand gegen sie aufs äußerste erschwert wurde. Wir sind jetzt schon mitten drin in dem großen Ausverkauf, und statt des dauernden Weltfriedens haben wir von ihm die Balkanisierung des Ostens, die Schaffung neuer gefährlicher Brandherde zu erwarten, an denen sich über kurz oder lang ein neuer Krieg entzünden mag.

Könnten die Polen wie sie wollten, so würden sie heute schon mit dem Schwert in der Faust über die Ukraine herfallen, um sich das Cholmer Gebiet zu holen. Wenn aber das nicht möglich ist, so wird der Gegensatz zwischen den beiden Volksstämmen in Galizien nur noch schärfer werden, und dem Anspruch der Polen auf das Cholmer Gebiet wird die ukrainische Irredenta Ostgaliziens desto stärker entgegenzutreten.

Bedarf es noch weiterer Beweise dafür, daß die Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker nicht zum Kleinbürgerlich-nationalistischen Erzech ausarten darf? C. sie liegen auf der Straße und man braucht sie nur aufzuheben. Da sind die Litauer, die sich ein Litauen ohne Wilna nicht denken können und wiederum die Polen, die auf Wilna gleichfalls Anspruch erheben, da sind die großrussisch-kleinrussisch, die polnisch-weißrussischen Auseinandersetzungen. Da sind die Tschechen, die unter Berufung auf die historische Individualität Böhmens über die Deutschen herrschen, zugleich aber auch die historische Individualität Ungarns auflösen wollen, um die Slowakei sich anzuschließen. Es ist überall dasselbe: an die Stelle des nationalen Selbstbestimmungsrechts tritt der nationalstische Selbstbestimmungsirrwind. Jeder will das Selbstbestimmungsrecht nur für sich auf einer mög-

Am das Gouvernement Cholm tödte in den Jahren 1910 bis 1913 ein heißer politischer Kampf. Rußisch-Polen bestand seit einem Jahrhundert aus zehn Gouvernements, unter denen man vergebens das Cholmer Gouvernement suchen würde. Als nach der ersten Revolution 1904—1906 die zaristische Gegenrevolution und die russische Bourgeoisie den Nationalismus als Kampfwaffe hervorholten, da begannen überall im Reiche die bis dahin schlummernden Tendenzen sich lebhaft zu regen. Sie richteten sich naturgemäß mit besonderer Schärfe gegen nicht fest konsolidierte Zustände, darunter insbesondere gegen alles, was mit dem Problem der Kolonisierung in Verbindung stand. Der Cholmer rechtgläubige Bischof (d. h. der Staatskirche) Jewlogi leitete an der Spitze einer Clique eine außerordentlich scharfe Kampagne ein, um die in den polnischen Gouvernements Lublin und Siedlez lebenden Russen, in diesem Falle sind es Ukrainer, von der polnischen „Anechtenschaft“ zu befreien. Stolypin hatte diese Forderung als einen der wichtigsten Krämpfe in sein Programm aufgenommen. Er arbeitete einen Gehehentwurf aus, wonach aus den Gouvernements Lublin und Siedlez, in denen die polnische Bevölkerung rund 60 Proz. und die ukrainische rund 20 Proz. ausmacht, durch Zusammenlegung und Abtrennung verschiedener Kreise zwei neue Gouvernements, Lublin und Cholm, gebildet werden sollten. Das Cholmer Gouvernement sollte auf diese Weise ein für russische Verhältnisse geringes Areal, etwa 12000 Quadratkilometer, mit einer bis zu 50 Proz. ukrainischen Bevölkerung umfassen. Dann sollte die Russifizierungsarbeit und die Ausmerzungen der katholischen Religion mit allen Nachmitteln des Staates beginnen.

Diesen Plänen, die die dritte Duma (1908—1912) sowie die vierte (seit 1912) sehr lange beschäftigten, setzten die polnische Fraktion sowie die Liberalen und die Sozialdemokratie scharfen Widerstand entgegen. Inzwischen gelang es schließlich Stolypin und seinen Nachfolgern einen Erfolg zu erringen. Durch ein Kompromiß mit den in der Duma vertretenen bürgerlich-reaktionären, zum Vortritt mit dem Jaramismus geeigneten Polenobgeordneten hatte die Regierung als Gegenleistung für das Cholmer Projekt eine Städteordnung für Polen durchzusetzen. Im Jahre 1913 wurde das Cholmer Projekt zum Gesetz erhoben, während die Städteordnung auf den stärksten Widerstand und Ablehnung von Seiten des Reichsrates stieß.

Gestern wurde der „Frankf. Hg.“ noch aus Berlin gemeldet: An der Spitze der Kommission, die nach Kiew geht, um zunächst über wirtschaftliche und handelspolitische Angelegenheiten zu verhandeln, ist der frühere Volschaster Chef, Numm von Schwarzengstein berufen.

England gegen den Ukrainer Frieden.

London, 12. Februar. Dem Reuterschen Bureau ist mitgeteilt worden, daß die englische Regierung sich nicht für gebunden hält, den zwischen Oesterreich-Ungarn, Deutschland und den anderen Unterzeichnern mit der Ukraine geschlossenen Frieden anzuerkennen.

Waffenstillstandsfrage an Rumänien.

Die Havas am Sonntag aus Jassy meldete, sollte Generalfeldmarschall Mackensen am 6. Februar im Namen der deutschen Regierung der rumänischen Regierung ein Ultimatum geschickt haben, in dem derselben eine Frist von vier Tagen für den Eintritt in Friedensunterhandlungen fixiert worden sei. Laut Havas hatte dieser Schritt die Wirkung, daß der rumänische Ministerrat sich sofort versammelte und nach einer langen Beratung dem König seine Demission anbot, die angenommen wurde.

Gestern gaben wir dann die Nachricht von einer Anfrage an die rumänische Regierung wieder, die trotz ihrer äußerlich kurzen Befristung, wie gesagt wurde, nicht den Sinn eines Ultimatus haben sollte.
 Nachdem teils Wolffs Bureau mit, die Havas-Meldung von einem deutschen Ultimatum treffe nicht zu. Mackensen sei aber mit der rumänischen Heeresleitung in Verhandlungen eingetreten, um die Entscheidung über das Fortbestehen des für Rußen und Rumänen gemeinsamen Waffenstillstandes herbeizuführen. Die Klärung dieser Frage sei durch das augenblickliche Verhältnis zwischen Ukrainern und Rumänen notwendig geworden.
 Es bleibt also dabei: kein Ultimatum, aber eine Angelegenheit, für die nach Lage der Dinge — nicht nur der ukrainischen — ein Verhandeln in den Formen des Dingens nicht wünschenswert sein kann.

Der „Zeit Pariser“ findet, das sogenannte Ultimatum nach demselben sei keine Hoherklärung, da der Waffenstillstand am 10. Februar abließ, was die rumänische Regierung schon seit längerer Zeit vor die Wahl zwischen dem Wiederbeginn der Feindseligkeiten und Friedensverhandlungen stellte. Der Ministerrat sei jedoch nicht einig gewesen.

Im Anschluß an die Ultimatum-Meldung der Havasagentur wurde Ertrags der „Frankfurter Zig.“ aus Berlin gemeldet: „Der Beginn dieser Friedensverhandlungen hat sich, wie wir hören, verzögert, weil durch den Sturz Brabant's keine Verhandlungsfähige rumänische Regierung vorhanden war.“ Diese Meldung gab die „Frankfurter Zig.“, die Wolffs Bureau auf die Havasmeldung antwortete.

Der Zweck der russischen Friedenserklärung.

Ein Kommentar Kamenev's.

Kopenhagen, 12. Februar. Ueber den Frieden zwischen Rußland und Deutschland führte der Abgesandte der russischen Regierung Kamenev gegenüber dem Stockholmer Vertreter des biesigen Blattes „Socialdemokraten“ aus:

Was vorliegt, ist eine Friedenserklärung von russischer Seite. Rußland hat durch seine Unterhändler erklärt, daß es den Krieg nicht fortsetzen will und kann. In unseren Entschlüssen liegt aber keine Abweisung von unseren Friedensgrundsätzen, auch keine Anerkennung des deutschen Standpunktes, und wir haben uns freie Vahja vorbehalten, um auf der allgemeinen Friedenskonferenz, die einmal kommen muß, für unsere Grundsätze einzutreten. Kamenev erklärte weiter, daß Deutschland wohl seine Truppen an der Ostfront nicht ganz zurückziehen, sondern eine Grenzwaiche zurücklassen werde.

Schließlich sagte Kamenev, man irre sich, wenn man glaube, daß Trojki eigenmächtig gehandelt habe. Der Beschluß der Friedenserklärung und der Demobilisierung in Petersburg in der letzten Sitzung des allrussischen Arbeiter- und Soldatenrates gefaßt worden, in der Trojki anwesend gewesen sei.

Die Bandengreuel im armenischen Operationsgebiet.

Türkische Truppen überschreiten die Waffenstillstandsgrenze.

Konstantinopel, 12. Februar. Die Agentur Nili meldet: An der Kaukasusfront wurde festgestellt, daß unter Benutzung des Umstandes, daß nach dem Abschluß des Waffenstillstandes die russischen Truppen die Abgrenzungslinie nach und nach verlassen, sich auf das Innere zurückziehen und sich zum Teil von der Küste auf Booten nach dem Inneren Rußlands überführen lassen, Banden mit Kanonen und Maschinengewehren, deren sie sich bemächtigen konnten, planmäßig grausame und barbarische Handlungen gegen die osmanischen Untertanen in den von den russischen Truppen entlassenen Gebieten begehen.

Obwohl wir uns mehr als einmal, und amtlich an den Befehlshaber der Kaukasusarmee mit dem Ersuchen gewandt haben, dieser Lage ein Ende zu machen, und trotzdem wir von ihm Antworten mit dem Bemerken erhalten hatten, daß die erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden würden, hat sich in der Folge der gemischte Waffenstillstandsausschuß, der in der Dristadt Kilit, 16 Kilometer östlich von der Abgrenzungslinie zusammengetreten war, in den letzten Tagen wieder in einem von allen Mitgliedern unterzeichneten Protokoll an den Befehlshaber unserer Kaukasusarmee gewandt, um Schutz gegen diese Banditen zu bitten.

Angeichts dieser Tatsache und im Hinblick darauf, daß die Gebiete, in denen diese Gräueltaten verübt werden, von russischen Truppen entlassen sind, die die vom russischen Befehlshaber verordneten notwendigen Maßnahmen durchführen könnten und daß die von den genannten Banditen verübten barbarischen Handlungen regelmäßig an Umfang zunehmen, ist dem Befehlshaber unserer Kaukasus-Armee der Befehl erteilt worden, zu wirksamen Maßnahmen zur Sicherung von Ehre, Besitz und Leben unserer Landsleute in dem von den Russen geräumten Gebiet gegen diese feindseligen Handlungen und zur Aufrechterhaltung der Sicherheit in den genannten Gegenden zu schreiten.

Infolge dieser Maßnahmen herrscht jetzt Ordnung in dem Gebiet bis Kilit und bis zur Linie Neusse - Sadak.

Der Bürgerkrieg in Finnland.

Die Lage auf den Ålandinseln.

Stockholm, 13. Februar. Die Stockholms „Dagblad“ aus zuverlässiger Quelle erzählt, ist auf Åland unter den russischen Truppen eine völlige Revolte ausgebrochen. Die Soldaten stehen wider und verhaften die ihnen mißliebigen Zivilbewohner. Sie verwenden dabei Klutbunde, um ihre stehenden Opfer aufzuführen. In Mariehamn sollen sie ein entlegenes Klutbad angebracht haben. Die zweitausend russischen Soldaten, die auf Åland liegen, sind mit Munition und Maschinengewehren versehen, während die Bevölkerung von Åland vollkommen wehrlos ist. Auf den Inseln zwischen Åland und der schwedischen Küste herrscht große Panik.

Kopenhagen, 12. Februar. „Nationaltidende“ meldet in einer Depesche aus Ralmö die Landung finnischer Truppen auf Åland. Eine Abteilung der Bürgergarde sei von Kymi aus über das Eis nach Åland vorgezogen, wo ein Zusammenstoß mit dem russischen Militär bevorstehe. Man nehme an, daß diese finnische Landung nicht ohne Einfluß auf die Ålandsfrage sein werde.

Stockholm, 13. Februar. („Frank. Zig.“) Ueber die Kämpfe in Finnland lagen in den letzten Tagen keine genauen Nachrichten vor. Tammerfors, Wiborg, Hjoeneborg und Nauvo befanden sich noch in den Händen der Roten Garde. Das Hauptquartier des Generals Mannerheim wurde von Va'a nach Selmafest verlegt. Nach einer Aeußerung seines Stabes rechnet Mannerheim mit einem langwierigen Kampf.

Stockholm, 12. Februar. Nach Meldungen des Militärstabes in Helsinki am Sonntag heftige Kämpfe bei Mantsharju statt. Die Rote Garde führte einen Angriff mit einem russischen Panzerzug aus. Nach der Schilderung des von der finnischen Staatsregierung nach Stockholm entsandten Kuriers besteht unter den Genostiruppen hingender Bedarf an Munition und Waffen. Die Russen bedrängen durch Zusammenziehung beträchtlicher Truppenmassen die wichtigsten Punkte der Südpont, in denen sich die Bürgergarde eingegraben hat.

Ralmö, 13. Februar. Die Führer der schwedischen Konserverativen Partei, Professor Zingger und Admiral Lindkvist, haben in einem der Zeitung „Svenska Dagbladet“ gegebenen Interview sich entschieden für Waffenversendung nach Finn-

Erkundungsgesichte im Westen — Artillerie- und Minenkampf in den Vogesen — Vergeltungsbomben auf Nancy.

Kautsch. Großes Hauptquartier, 13. Februar 1918. (S. 2. 3.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

Särfere Erkundungsdetachements, die der Feind nördlich von Lens und nördlich vom Dmigon - Bach aufsuchte, wurden im Nahkampf abgewiesen.

Im übrigen blieb die Geschützartillerie auf kleinere Erkundungen und Artilleriefeuer in einzelnen Abschnitten beschränkt.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nach heftiger Feuerzweikampfe zwischen Tilly und der Mosel stießen mehrere französische Kompanien bei Remenauville und im Westteil des Briester-Waldes gegen unsere Linie vor. Nach kurzem Kampf wurde der Feind unter schweren Verlusten zurückgeworfen. Gefangene blieben in unserer Hand.

Am Sndelkopffund am Hartmannsweiler-Kopf Artillerie- und Minenkampf.

In Vergeltung feindlicher Bombenwürfe auf Saarbrücken am 5. 2. griffen unser Flieger gestern abend die Festung Nancy mit Erfolg an.

Mazedonische Front.

Bei Monastir und am Bardar Artillerie und Flieger-tätigkeit.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Abendbericht.

Berlin, 13. Februar 1918, abends. Kautsch. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 13. Februar 1918. Kautsch wird verlautbart:

Keine Kampfhandlungen von Bedeutung.

Der Chef des Generalstabes.

Italienischer Heeresbericht vom 12. Februar. Auf den südlichen Abhängen des Cassio Kofjo und im östlichen Teile des Frenzel - Tales hielt die größere östliche Kommandantur seit früh noch an. Der Gegner ließ ansehnliche Infanteriemassen vorgehen, die, durch wildes Feuer unserer Artillerie dezimiert, keine bedeutende Tätigkeit entfalten konnten. Am Nachmittag war die Lage wieder normal geworden.

Land gedrückt. Sie sagen: Da wir die erste Macht sind, die Finnland anerkannt hat, ist es die unbedingte Pflicht der Regierung, bei der Regierung in Rußland und bei den übrigen Mächten, die die Selbstständigkeit Finnlands anerkennen, Vorstellungen zu machen hinsichtlich ihrer Mitwirkung zwecks Maßnahmen, um Finnland von den fremden Soldaten zu befreien und die Aufgaben der Regierung Finnlands, die Ordnung zu erhalten, zu erleichtern. — Was Åland betrifft, müssen wir unverzüglich Maßnahmen treffen, um die Bevölkerung gegen eine Behandlung zu schützen, die der Ährst, die Finnland beweisen. Die Lösung der Ålandsfrage ist durch den geäußerten Wunsch der Ålandsbevölkerung in ein neues Stadium getreten. Für Schweden ist es eine unabweisbare Pflicht, die Sicherheit der Ålandsbevölkerung zu schützen, in Erwartung, daß die Frage der zukünftigen Stellung Ålands endgültig entschieden werden kann.

Englische Polenziele.

Warschau, 11. Februar. „Godzina Polski“ bringt Mitteilungen, welche ihr Mitarbeiter Sperator über die Rolle Englands in der russischen Revolution von einer kürzlich aus Rußland zurückgekehrten Persönlichkeit erhielt. Die englische Agitation in Rußland verfolgte den Zweck, ein polnisches Heer zu bilden, welches der Entente zu Diensten wäre. Nach Ausbruch der Revolution trat die englische Botschaft in Petersburg in Unterhandlungen mit Vertretern der polnischen Emigration ein, nämlich mit der nationaldemokratischen Partei und dem nationalen Komitee. Sie stellte ihnen Millionensummen zur Verfügung zwecks Aussonderung der Polen aus der desorganisierten russischen Armee und zwecks Bildung besonderer polnischer Korps. In der Tat entstanden zwei solcher Korps, eins unter Führung des Generals Dowbor-Muskiet, das zweite unter General Michalski, beide je 10 000 Mann. England gestand seine Militär, die beiden Korps an die französische Front zu schicken. Ein französischer General kam sogar nach Petersburg, um das Kommando zu übernehmen. Zur Ausführung dieses Planes konnte sich jedoch der Minister des Auswärtigen Derskische nicht so rasch entschließen. Inzwischen brach die bolschewistische Revolution aus, welche gegen eine weitere Kriegführung war. Die polnische Emigration mußte sich nach Rußland zurückziehen, wohin auch polnische Abteilungen zusammengedrängt wurden für die Verteidigung der dortigen Polen; sie leisteten sie jedoch nicht.

Lenin und Marx.

Die Volkswelt — sagt der „Manchester Guardian“ vom 28. Januar 1918 — wollen vor allem die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit beseitigen. Ihre Revolution unterscheidet sich von der ersten russischen Revolution und von ähnlichen Revolutionen vor allem dadurch, daß sie nicht politisch, sondern sozial ist. Die Volkswelt sagen, eine Person könne alle politischen Freiheiten besitzen, und in Wirklichkeit, das heißt wirtschaftlich ein Sklave sein. Sie halten sich für die wahren Schüler von Marx. Aber im gewissen Sinne befindet sich Lenin im Widerspruch mit Lehren von Marx. Nach letzteren kann die soziale Revolution nur das Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung sein und kann nur vollzogen werden, wo das kapitalistische System seine volle Entfaltung gefunden hat. Aber von allen kapitalistischen Ländern ist Rußland am wenigsten entwickelt. Lenin, der seinen Marx Lenin, meint jedoch, daß der Krieg die sozialistische Erziehung des russischen Proletariats vollendet habe. In Wirklichkeit hat der Krieg den russischen Proletariat nur ausgehungert und ihn elend gemacht, aber ihn keineswegs in einen Marxisten verwandelt!

Man kann keine andere Gesellschaft bauen als die, die dem vorhandenen Menschenmaterial entspricht. Von diesem Standpunkte aus gesehen, kann man das russische Volk noch nicht für hinreichend reif erklären, und Lenin baut nur im leeren Raum. Die Volkswelt haben überhaupt nichts zur sozialistischen Ent-

wicklung beigetragen. Sie haben nur die Methoden des Zarismus fortgesetzt, obwohl ihre und die zaristischen Ziele voneinander sehr verschieden sind.

Und auf ihrem Versuche laßt die warnende Wahrheit des Wortes von Marx: „Nichts schlimmer, als wenn die Revolutionäre für Brot sorgen sollen.“ Das fürchterliche Meißelwerk hängt sich mit gefährlichster Feindschaft an ihr revolutionäres Vollen.

Hendersons Friedensbefürchtungen.

Bern, 12. Februar. Henderson hielt in einer Wahlversammlung in Southwold am 8. Februar eine Rede. Einleitend sprach er von der Notwendigkeit und von den Fortschritten eines demokratischen Friedens. Die Haltung der englischen Regierung zu einem Volkfrieden erörternd, bemerkte der Redner, er habe ihn im vorigen Sommer leider vergebens nahegelegt, daß sie sich zu gewissen Grundrissen und Zielen bekennen müsse, denn die Demokratie allerwärts bestünde. Heute, so fuhr Henderson fort, handelt es sich nicht um ein Land, sondern um alle Völker. Soll dieselbe verhängnisvolle Politik in größerem Maßstabe wiederholt werden? Wenn diese Politik andauern soll, so sehe ich keine Hoffnung, daß der Krieg eher beendet wird, als bis die ganze Zivilisation bankrott ist und die Menschheit noch mehr am Boden liegt. Das britische Volk ist bereit, bis zum äußersten zu kämpfen, um Europa zu erlösen. Wir wollen den Militarismus allerwärts vernichten. Andererseits ist meiner Überzeugung nach die Mehrheit des britischen Volkes nicht bereit, für andere Ziele zu kämpfen, am allerwenigsten für irgend etwas, was in der Natur imperialistischer Absichten liegt. Meines Erachtens ist der Krieg dadurch verlängert worden, daß die Alliierten im Verdacht standen, imperialistische Ziele zu verfolgen. Ich fürchte, daß er durch unsere Methode hinausgezogen wird. Ich meine damit, daß wenn die militärische Lage für uns günstig ist, unsere Forderungen hinaufgehen und bei ungünstiger militärischer Lage entsprechend geändert werden. Wir rufen daher der Regierung zu, daß sie Gefahr läuft, sich durch eine Gleichgültigkeit der Politik dem neuen demokratischen Geist, der in allen Ländern wächst, zu entziehen. Die britische Demokratie hat die Pflicht, jedes Hindernis aus dem Gebäude des Weltfriedens zu entfernen, selbst wenn dieses Hindernis die gegenwärtige Regierung sein sollte.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 12. Februar. Neue U-Boot-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 20 000 St.-R.-T.

Die versenkten Schiffe waren meist tief beladen. Unter ihnen befanden sich zwei große Dampfer von etwa 5000 St.-R.-T., der einer der Vibby-Linie angehöre.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Schluß der Beratung der Herrenhausvorlage.

Was lange währt, wird gut! Mag dies Wort auch seine Wichtigkeit haben, auf das, was der Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses über die Zusammenfassung des Herrenhauses beschlossen hat, trifft es nicht zu. Es ist ein eigenartiger Fall, der da aufgeführt ist, eine Mischung von mittelalterlichem und neuzeitlichem Stil, bei dessen Anblick man sich eines spöttischen Lächelns nicht erwehren kann. Neben den Standesherrn, Fürsten, Grafen und anderen edlen und erlauchten Herren sitzen darin auch einige Arbeitervertreter, aber nicht etwa so lange sie sich des Verrätens ihrer Mandatgeber erfreuen, sondern nur so lange sie sich eines ordentlichen Lebenswandels rühmen können. Venehmen sie sich innerhalb oder außerhalb des Hauses nicht so, wie die Mehrheit es von ihnen verlangt, dann hat ihre parlamentarische Tätigkeit ihr Ende erreicht. Außer den Arbeitern sind auch noch verschiedene andere „Stände“ in dieser ersten Kammer, wie sie in Zukunft heißen soll, vertreten, aber weit größer ist die Zahl derer, die uvertreten geblieben sind und infolgedessen schmollend beiseite stehen.

Die langwierigen Debatten, die nun vorläufig wenigstens beendet sind, haben die Unmöglichkeit der Schaffung einer Vertretung auf berufständlicher Grundlage bewiesen. Wenn trotzdem die Konservativen wieder erklärt haben, daß sie Wert darauf legen, daß auch das Abgeordnetenhause teilweise berufständlich zusammengesetzt wird, so zeugt das von den harten Kämpfen, die jetzt einsehen werden, wo es an die Reform des Wahlgesetzes geht. Auch die von konservativer Seite bereits eingebrachten Anträge, die auf eine Einschränkung des Kreises der Wahlberechtigten hinauslaufen, bieten einen Vorgeschmack der kommenden Ereignisse. Zwar hob der nationalliberale Kommissionsvorsitzende mit einer nicht mißzubeherrschenden Spitze gegen Friedberg und Herling die fleißige Arbeit der Kommission hervor, die weit weniger Zeit gebraucht habe als man in parlamentarischen Kreisen erwartete, er verzog aber hinzuzufügen, daß das Volk schnellere und bessere Arbeit verlangt. Bedenkt man, daß über wichtige Fragen die Entscheidung ausgefällt ist, und daß außer der Wahlrechtsvorlage noch die sehr entwickelten Verfassungsbestimmungen zu regeln sind, so ist, wenn die Kommission in dem bisherigen Tempo weiter arbeitet, der Abschluß ihrer Verhandlungen in erster Lesung vor Ostern nicht zu erwarten. Es wird dann mit Rücksicht darauf, daß die verfassungsmäßigen Fristen von drei Wochen zwischen der dritten Lesung und der wiederholten Abstimmung im Plenum eingehalten werden müssen, Ende Mai oder Anfang Juni werden, bis die Entwürfe an das Herrenhaus kommen, und ob dieses Parlament sich sofort an die Arbeit macht, das ist zum mindesten zweifelhaft.

Also etwas mehr Dampf! Die Geduld des Volkes hat auch einmal ihre Grenzen.

Der Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses beschloß heute, daß die Vertreter der Verbirgungsberechtigten im Herrenhause von den Vertrauensmännern der Verbirgungsberechtigten bei der Kreisverfäherung anhalt für Angehörige vorgeschlagen werden sollen. Die näheren Vorschriften werden durch königliche und Ministerialverordnung erlassen.

Das Zentrum hatte beantragt, das Herrenhaus in Zukunft „Ständehaus“ zu nennen, während ein konservativer Antrag für die Bezeichnung „Erste Kammer“ eingetretten war. Der konservative Antrag wurde gegen die Stimmen fast aller Parteien angenommen.

Nach der Vorlage soll das Gesetz in einem durch königliche Verordnung zu bestimmenden Zeitpunkt in Kraft treten und gleichzeitig die bisherigen Herrenhausmitglieder bis auf jene 124 Persönlichkeiten auscheiden, die auf Lebenszeit aus dem ehemaligen Reichsunmittelbaren, Fürsten, Standesherrn und aus königlichen Vertrauen berufen sind. Ein nationalliberal-

Kriegsstimmung in England.

Man redet weiter über den Frieden. Nach Wilson Lloyd George. Wir erfahren bei dieser Gelegenheit, daß Graf Hertling von England die Aufgabe seiner Kohlenstationen gefordert haben soll. Die diesbezügliche Stelle in Hertlings Rede vom 24. Januar lautet:

Im zweiten Punkt fordert Wilson Freiheit der Meere. Die vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere in Krieg und Frieden wird auch von Deutschland als eine der ersten und wichtigsten Zukunftsforderungen aufgestellt. Hier besteht also keine Meinungsverschiedenheit. Die von Wilson am Schluß eingefügte Einschränkung — ich brauche sie nicht wörtlich anzuführen — ist nicht recht verständlich und scheint überflüssig, würde also am besten weggelassen. In hohem Grade aber wichtig wäre es für die Freiheit der Schifffahrt der Zukunft, wenn auf die stark besetzten Flottenstützpunkte an wichtigen internationalen Verkehrsstraßen, wie sie England in Gibraltar, Malta, Aden, Hongkong, auf den Fällandsinseln und an manchen anderen Stellen unterhält, verzichtet werden könnte.

Niemand in Deutschland hat daraus etwas anderes herausgelesen als eine leichte Frontierung der Wilsonschen Prinzipien, die in ihrer gradlinigen Ausführung Wilsons eigenen Bundesgenossen recht un bequem werden könnten, eine deutsche Friedensbedingung an England hat kein Mensch darin erblickt. Sollten am Ende auch wir gewisse Forderungen der Entente überflüssigweise zu ernst genommen haben? Jedenfalls zeigt sich, daß die Friedensredner über das Wasser herüber und hinüber Mißverständnisse nicht wegräumt, sondern nur neue schafft, und daß die direkte Besprechung ihr bei weitem vorzuziehen wäre.

London, 12. Februar. Unterhaus. In der Adreßdebatte brachte Asquith seine vollständige Uebereinstimmung mit der Friedenszielklärung Lloyd Georges zum Ausdruck. Er verlangte keine Auskunft über die militärischen Angelegenheiten, richtete aber an den Premierminister eine Anfrage über die Erweiterung der Vollmachten des Verfallers Kriegsrates.

Asquith sagte: Seit Beginn dieses Jahres ist eine Anzahl bemerkenswerter überraschender Tatsachen eingetreten. Wir haben eine neue Darstellung der Friedensziele namens unseres Landes durch den Premierminister, eine Erklärung, mit der ich sowohl dem Geist wie dem Buchstaben nach übereinstimme, und eine Darstellung namens der Vereinigten Staaten durch Wilson. Asquith erinnerte ferner an die Erklärungen Hertlings und Czernins und die Wiederaufnahme und das Ergebnis der Verhandlungen in Brüssel. Mit Beziehung auf die gestrige Erklärung Wilsons sagte Asquith: Sie unterschied gedächtnisgemäß sowohl hinsichtlich des Tones wie des Inhalts zwischen dem deutschen und dem österreichischen Minister. Die Wilson sagte, kämpfen wir für einen zeitlichen und dauernden Frieden, der auf fester Grundlage und auf nationaler Gerechtigkeit beruht. Solange der Krieg dauert und unsere Ziele noch nicht erreicht sind, müssen wir unsere besten Hilfsmittel benutzen. Unter ihnen muß der erste Platz der Forderung zugewiesen werden. Es ist gerecht und ungerichtet Kritik an der Kriegsführung geübt worden, aber auf militärischem Gebiet wurde nichts getan oder unterlassen, das auch nur im mindesten das Vertrauen der Nation und des Reichs zu den beiden großen Soldaten Haig und Robertson erschüttert hätte. (Beifall.) Wir sollten Ihnen die größte Dankbarkeit und unwandelbares Vertrauen. (Beifall.) Es gebe keine zwei Männer, nicht Asquith fort, deren Arbeit über militärische Dinge er vorbestimmter annehmen würde. Bezüglich der jüngsten Erweiterung der Befugnisse des Kriegsrates der Alliierten glaube er, daß die Regierung den Umfang dieser Erweiterung werde angeben können. Asquith wünschte zu wissen, ob irgendein Wechsel in dem Personalstande oder der Stellung des Oberkommandierenden oder des Generalstabes erfolgt oder beabsichtigt sei. Dies ganz würde seine Pflicht nicht tun, wenn es nicht die Regierung ersuchte, eine maßgebende Entscheidung zu treffen hinsichtlich der Verübung des Mißtrauens und Beseitigung des Zweifels daran, daß die

Kriegsführung in Zukunft nach klaren Plänen, die die Zustimmung der höchsten technischen Berater fanden, geleitet werden würde.

Lloyd George sagte in seiner Antwort: Ich lese mit tiefer Enttäuschung die Antworten, die durch den deutschen Reichskanzler und den Grafen Czernin auf die Rede des Präsidenten Wilson und auf die, die ich im Auftrag der Regierung gehalten habe, abgegeben worden sind. Es ist durchaus richtig, daß, soweit es den Ton betrifft, ein großer Unterschied zwischen der österreichisch-ungarischen und der deutschen Rede besteht. Aber ich würde, ich könnte glauben, es gäbe auch einen Unterschied im Inhalt. Das kann ich nicht finden und ich lehne die Auslegung der

Rede des Grafen Czernin

ab, die zwar außerordentlich höflich im Tone und freundlich war, aber von großer Härte, wenn man zu dem wirklichen Inhalt der von den Alliierten aufgestellten Forderungen kommt. Er stellt Mesopotamien, Palästina und Arabien in genau dieselbe Kategorie wie Belgien. Sie sollen den Türken verwilligt unter denselben Bedingungen zurückgegeben werden, unter denen Deutschland Belgien zurückgeben will. Was die italienischen Ansprüche anbelangt, sagte Czernin ganz einfach, daß gewisse Angebote vor dem Krieg gemacht wurden, und daß diese nun zurückgezogen worden sind. Was über die slawische Bevölkerung Oesterreichs gesagt wird, war lediglich eine höfliche Reue an Wilson und andere, dahingehend, daß uns diese Frage nichts angeht. Czernin hat keine einzige bestimmte Frage behandelt, ohne die bestimmteste Weigerung abzugeben, irgendwelche Bedingungen darüber, die als mögliche Friedensbedingungen betrachtet werden könnten, zu erörtern.

Was

die deutsche Antwort

anbelangt, so ist es jedem, der sie liest, schwer zu glauben, daß es Hertling mit einigen der Forderungen, die er aufstellte, ernst war. Was war seine Antwort auf die sehr gemäßigten von den Alliierten aufgestellten Bedingungen? Sie ging dahin, daß Großbritannien seine Kohlenstationen auf der ganzen Welt, von denen er ein halbes Dutzend namentlich aufzählt, aufgeben müsse. Diese Kohlenstationen sind den deutschen ebenso wie den britischen Schiffen früher zugänglich gewesen. Die deutsche Flotte hat in diesen Kohlenstationen immer die gastfreundlichste Aufnahme erfahren. Ich gestehe, daß die Erhebung solcher Forderungen, zum ersten Male im vierten Kriegsjahr, der beste Beweis dafür ist, daß das Deutsche Reich oder wenigstens seine gegenwärtigen Leiter nicht in einer Stimmung sind, vernünftige Friedensbedingungen mit den Alliierten zu erörtern. Ich bedaure dies aus dem tiefsten aber es hat keinen Zweck, nach Frieden zu rufen, wenn keiner gefunden werden kann. Die Handlungsweise des Deutschen Reiches gegenüber Rußland beweist, daß alle Erklärungen über Frieden ohne Annahmen und Einschränkungen, keine wirkliche Bedeutung haben. Neben Belgien wurde keine Antwort gegeben, die als befriedigend betrachtet werden kann; desgleichen nicht über Polen und die berechtigten Ansprüche Frankreichs auf Wiederherstellung seiner verlorenen Provinzen. Kein Wort wurde über die Bevölkerung italienischer Rasse und Sprache, die jetzt unter dem österreichischen Joch leidet, gesagt, und was die Türkei anbelangt, so kann man, wie ich bereits angedeutet habe, weder bei Hertling noch Czernin ein Ansinnen dafür finden, daß sie bereit seien, die Rechte der Traber auf Mesopotamien und Arabien anzuerkennen.

Über den

Kriegsrat von Versailles

sagte Lloyd George: Rußland ist aus dem Krieg ausgeschieden. Seitdem hat eine sehr beträchtliche Anzahl von deutschen Divisionen gegenwärtig die Front verlassen. Sie ist nach dem Westen gedrückt worden. Die Lage wurde sehr viel bedrohlicher als sie damals war. Die Alliierten sind in Versailles zusammengekommen, um die besten Mittel zur Begegnung dieser Bedrohung im Jahre 1918 zu beraten. Bis zu diesem Jahre befahlen die Alliierten die überwältigende Mehrheit an Truppen auf der Westfront. Stufenweise und sogar rasch hat diese Ueberlegenheit nachgelassen, besonders während der wenigen letzten Wochen, trotz der von den Deutschen den Russen gegenüber eingegangenen Verpflichtung, daß während des Waffenstillstandes keine Truppen von der Ost- nach der Westfront abgezogen werden sollten. Sie werden so schnell, wie dies die Eisenbahn oder andere Verkehrsmittel ge-

hatten, befördert, und das müssen wir uns auch vor Augen halten, wenn wir über die Friedensbedingungen sprechen (Beifall); denn es hat einen tatsächlichen Einfluß auf die Bürgerhaften. Informationen auszulandern, die die Kaiserreiche wünschen, wäre ein Verrat ohne gleichen, und ich lehne es ab, einen solchen zu begehen. Es genügt zu sagen, daß die getroffenen Entschlüsse einstimmig waren. Ich möchte noch ein Wort hinzufügen. Es gibt keine Armeen, deren Sicherheit von der Ausführung dieser Entschlüsse abhängiger ist als die britische. Sie nimmt den wichtigsten Frontabschnitt ein. Frankreich verlangte von der britischen Armee, daß sie keine geringere, sondern eine höhere Verantwortung übernehme, und dies ist in sich selbst ein Beweis des Vertrauens zur Tapferkeit und Tüchtigkeit unserer Armee und ihrer Führung.

Es ist unmöglich, dem Hause mitzuteilen, was für exaktive Befugnisse dem Verfallers Kriegsrat übertragen worden sind, wenn man nicht sagen will, was er für eine Aufgabe habe. Es handelt sich um

eine bestimmte Mission,

über die durch den Kriegsrat in Versailles entschieden wurde, deren Ausführung den Vertretern der Regierung in Versailles anvertraut wurde; nicht notwendig den Vertretern der augenblicklichen Regierung, sondern jeder Regierung, die in Versailles beraten wird. Ist das Unterhaus und mein verehrter Freund bereit, die Verantwortung dafür zu übernehmen, die Regierung zur Veröffentlichung von Informationen zu zwingen, die sämtliche Vertreter der Alliierten in Versailles für unerwünscht halten, und über die jede einzelne Regierung noch Erwägung auf den Bericht ihrer Vertreter hin zur selben Entscheidung gelangt? Ich kann es nicht glauben.

Glauben Sie mir, dies ist eine militärische Entscheidung. Weich Asquith, was das bedeutet? Ich sage, es ist eine militärische Entscheidung von größter Bedeutung. Die fortwährende Erörterung dieser Angelegenheiten in den Zeitungen macht die Kriegsführung unmöglich. Ich meinerseits würde sie sämtlich verbieten, weil ich glaube, daß anders eine Kriegsführung unmöglich ist. Ich appelliere an das Unterhaus, die Regierung in ihrer Entschlossenheit zu unterstützen, daß, wenn Entschlüsse dieser Art getroffen werden, sie ausgeführt werden müssen und dem Feinde nicht enthielt werden dürfen, um ihm Nachrichten an die Hand zu geben, die ihm ermöglichen, seine Gegenmaßnahmen vorzubereiten.

Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt „Daily News“: „Lloyd George ging mit einem ermüdeten Ausdruck aus dem Saale und ließ seine Kollegen niedererschlagen und in Spannung zurück. Schon gleich bei Beginn der Sitzung bekam man das Gefühl, als ob eine Krise in der Luft wäre. Diese Angelegenheit muß und wird bis auf den Grund geprüft werden. Das Unterhaus ist sich schließlich der schweren Verantwortlichkeit bewußt geworden, die auf ihm ruht. Es wird darauf dringen, zu hören, wessen Händen das Schicksal der englischen Armee anvertraut ist und ob Haig und Robertson dem französischen Oberbefehl unterstellt worden sind. Es wird bessere Gründe verlangen, als die, welche für eine Leitung durch General Nivelle angeführt wurden. Man kann keine Ausflüchte brauchen, wenn es sich um eine Sache von so überragender Bedeutung handelt. Wenn man anführt, daß es sich um eine abgemachte Sache handelt, jede Veränderung und Ungelegenheiten gegenüber unseren Bundesgenossen verschaffen würden, so antworten wir darauf, daß man in viel ernsteren Ungelegenheiten kommen wird, wenn das Parlament nicht konsequent und entschlossen handelt. Wenn man, wie Lloyd George dagegen anführt, daß ein Votum auf die Rechte des Parlaments eine Veränderung der Regierung bedeuten würde, müssen wir doch sagen, daß, wie sehr wir auch eine ministerielle Krise zu vermeiden wünschen, es doch Interessen gibt, die wichtiger sind als alle Fragen der Regierungsmaschinerie. Zu diesen Fragen gehört die vorliegende. Es ist Sache des Parlaments, geschwiegen was will, deutlich zu machen, daß England von Westminster und nicht von Versailles regiert wird.“

Der Antrag verlangt, daß das Herrenhaus gleichzeitig mit dem neuen Landtagswahlrecht in Kraft treten solle. Daraus entspringt ein Konjunktiv, man solle in die wohlverdienten Rechte nicht weiter eingreifen, als unbedingt notwendig sei. Für den ersten Satz des nationalliberalen Antrags (gleichzeitiges Inkrafttreten der beiden Gesetze) werde des Reichstages Partei stimmen; denn dadurch werde der organische Zusammenhang der Vorlagen unterbrochen. Darauf wird der erste Satz angenommen; über den zweiten Satz, daß zu jenem Zeitpunkt auch die vorgeschlagenen Herrenhausmitglieder ausscheiden sollen, wird die Abstimmung ausgesetzt.

Darauf begründet ein Fortschrittler den Antrag, Artikel 51 der Verfassung dahin zu ändern, daß der König auf die Mitgliedschaft der präsentierten Mitglieder des Herrenhauses aufpassen kann, und daß bei einer Landtagsauflösung innerhalb 90 Tagen die Wähler und innerhalb 90 Tagen auch eine Neubewertung für diejenigen Herrenhausmitglieder stattzufinden hat, deren Mitgliedschaft aufgehoben worden ist. In der Begründung führt der Antragsteller aus, daß das Herrenhaus fast unauflösbar wäre, da in Zukunft alle Mitglieder vom König berufen werden. Es würde aber modernen Grundgesetzen nicht entsprechen, wenn die Krone nur die eine Kammer des Landtags auflösen könnte.

Minister des Innern Dr. Drews: Die Regierung wünscht, das Herrenhaus möglichst selbstständig zu machen. Die Absicht der Regierungsvorlage war, daß ein Widerspruch des Herrenhauses

auf keine Weise beiseite geschoben werden soll. Diese unabhängige Stellung des Herrenhauses erfordere der Regierung notwendig, weil unter dem gleichen Wahlrecht die Mehrheitsverhältnisse im Abgeordnetenhaus sich außerordentlich verschieden dürften.

Ein Nationalliberaler schlägt vor, die Abstimmung zu verlagern. Damit ist ein Konjunktiv einhergehend. Er hat hinzu, daß seine Freunde gegen den Antrag gestimmt haben würden. Man könne, wenn diese Vorlage Gesetz würde, dem Herrenhaus nicht mehr den Vorwurf der Verheimlichung machen. Ein Fortschrittler meint, der fortschrittliche Antrag deklariere die präsentierten Mitglieder. Das Zentrum behält sich seine Stellungnahme vor, würde aber im Augenblick gegen den Antrag stimmen. Die Beschlußfassung wird ausgesetzt, und damit ist die erste Lesung der Herrenhausvorlage beendet.

Es folgte eine Schlußrede des Vorsitzenden, der meinte, die Beratung habe nicht so lange gedauert als man geglaubt hätte. Dieser Erfolg sei der Tätigkeit der Ausschussmitglieder und der Regierungsbereiter zu verdanken. Er wolle keine Fortschrittsredner einheimen, aber die unbeschreibliche Tatsache sei fest, daß der Ministerpräsident mit Recht die Unterstellung zurückgewiesen habe, daß nicht mehr mit der gleichen Entscheidung für die Wahlreform eingetreten werde.

Darauf vertagte sich der Auschuß auf morgen, Donnerstag, um abends mit der ersten Lesung der Wahlrechtsvorlage zu beginnen.

Vor der Reichstagsöffnung.

Am Freitag und Sonnabend sind die Vertreter der verschiedenen Parteien zum Reichskanzler v. Payer zu Besprechungen geladen.

Am Dienstag, den 19. Februar, an dem der Reichstag seine Beratungen wieder aufnimmt, tritt vormittags 10 Uhr die sozialdemokratische Fraktion zu einer Sitzung zusammen.

Der Abg. Gröber, der von mehrmonatiger Krankheit genesen ist, kehrt nach Berlin zurück, um die Führung der Zentrumsfraktion zu übernehmen.

Fortschrittlich-nationalliberaler Zwist in Niederbarnim.

Der Verein der fortschrittlichen Volkspartei für den Wahlkreis Niederbarnim littet sich um Abdruck folgender Zuschrift:

Für die Reichstagswahlwahl in Niederbarnim ist in der Versammlung vom 3. Februar von dem dortigen Wahlverein als Kandidat der fortschrittlichen Volkspartei einstimmig der Eisenbahnhandwerker Herr Otto Hoffmann in Berlin-Lichtenberg aufgestellt worden.

Da bei den letzten Hauptwahlen zum Reichstag auf Grund des zwischen den Nationalliberalen und der fortschrittlichen Volkspartei über die ganze Provinz Brandenburg abgeschlossenen Kompromisses die fortschrittliche Volkspartei im Wahlkreis Niederbarnim den gemeinsamen Kandidaten zu benennen hatte, hat auch diesmal die fortschrittliche Volkspartei vor der Veröffentlichung der Kandidatur der Nationalliberalen Partei um ihr Einverständnis mit der Kandidatur des Herrn Hoffmann als gemeinsamen liberalen Kandidaten erucht.

Unterdessen hat die Nationalliberale Partei, die seit 1874 noch niemals einen eigenen Reichstagskandidaten in diesem Wahlkreis aufgestellt hätte, ohne jede Zustimmung mit der fortschrittlichen Volkspartei ihrerseits eine Kandidatur aufgestellt und veröffentlicht und damit verurteilt, daß bei der bevorstehenden Ergebung der Bürgerrechte nicht einmal zwischen den liberalen Parteien gehalten werden kann.

Nach einer Behauptung der „Deutschen Tageszeitung“, die wir ohne Gewähr für ihre Richtigkeit mitteilen, hat Herr Hoffmann die Uebernahme der Kandidatur abgelehnt.

Letzte Nachrichten.

Der Raubmord in der Friedrichstraße.

Berlin, 13. Februar. Das Polizeipräsidium teilt mit: Trotz angestrengter eifriger Bemühungen ist es der Kriminalpolizei zwar

bisher noch nicht gelungen, die Persönlichkeit der Täter der bestialischen Mordtat an dem Schuhmachermeister Reichardt, Friedensratspräsident, zu ermitteln. Jedoch sind infolge des Interesses des Publikums an diesem im Mittelpunkt der Stadt verübten Verbrechen die näheren Umstände bereits soweit hergestellt, daß bei weiterer Unterstüzung des Publikums eine völlige Aufklärung zu erhoffen ist.

Wieder sind die beiden jungen Burken, welche am Nordlage, Sonnabend, den 2. Februar, von 7 Uhr abends an in dem Reichardtischen Keller, oder dessen Nähe von verschiedenen Zeugen gesehen worden sind. Der größere derselben, etwa 1,70 groß, schlank und blond, mit nur wenig oder gar keinem Schnurrbart, trug einen Anzeiger, hatte etwas absteigende Ohren und in der Hand einen umschnürten Kapparton von der in Meidbergeshöfen zum Wespden von Anzeigen gebrauchlichen Größe; er trug einen dunklen Ueberzieher und wahrcheinlich schwarzen Stiefen. Der kleinere, etwas längere, wird als dunkelblond und bartlos beschrieben, hatte einen braunen abgetragenen Winterüberzieher, dessen hochgeschlagene Krage er auf der Flucht am Gasse zuhielt, entweder um sich vor Erkältung zu schützen oder aber Blutsteden zu verdecken.

Auf ihrer Flucht sind die Täter nach der Jungfernbrücke zugeeilt und in die Spreestraße eingebogen, ein Weg, den sie nach Befragung einer Zeugin bereits um 7¼ Uhr desselben Abends genommen hatten.

Die Burken, die eine Zeugin schon mehrere Tage vor der Tat öfters bei Reichardt gesehen haben will, sind demnach beschreiben, daß sich auch andere Personen einer Begegnung mit diesen beiden zusammen gesehenen Burken erinnern werden. Gerade diese Ungeheuerlichkeit wird nicht nur anderen Kunden des Reichardt, sondern auch weiteren Personen auffallen sein, so daß sich sicherlich Anhaltspunkte dafür, woher sie gekommen bzw. wohin sie verschwunden sind, ergeben werden. Möglicherweise haben sie in einem von der Nordstraße abgelegenen Winkel ihre Wohnung. Sie müssen demnach sicherlich Zimmervermietinnen oder Hausbewohnern überhaupt und nach Verübung der Tat bei Benutzung eines Verkehrsmittels oder Befuch einer Anleihe oder „Prisakop“ aufgefallen sein, zumal ihre Kleidung wahrcheinlich mit Blut besudelt war.

Alle Personen, die in der Lage sind, irgendwelche Befundungen zu dieser Mordtat machen zu können, werden hiermit dringend gebeten, sich bei der Kommission des Polizeipräsidiums am Alexanderplatz, 2. Truppen, Zimmer 136, zu melden. Auf Wunsch wird Geheimhaltung der Namen zugesichert und auf Antrag nachgelesenem Zeit- und Arbeitsverlust erstattet werden.

Internationale Sozialistenkonferenz in Bern?

In Rotterdam, 13. Februar. Der „N. N. C.“ erfährt aus Le Havre: In einer Unterredung hat Camille Huysmans erklärt, er glaube, daß die Internationale Sozialistenkonferenz im Laufe des Monats März in Bern abgehalten werde.

Gewerkschaftsbewegung

An die Gewerkschaftsmitglieder.

Der Goethebund — Ausschuss für Volkserhaltung — hat der Berliner Gewerkschaftskommission auch zu den weiteren von ihm veranstalteten Unterhaltungsabenden in bewährtester Weise Vorschlag zum Vorkursus überlassen.

Die Unterhaltungsabende finden in folgenden Sälen und an folgenden Tagen statt:

Schwarzer Adler, Schöneberg, Hauptstr. 144: Dienstag, den 19. Donnerstag, den 28. Februar; Freitag, den 5. Dienstag, den 19. Mittwoch, den 27. März, und Freitag, den 12. April.

Zum Schütze, Hasenheide 21/23. Sonnabend, den 16. und 23. Februar; Sonntag, den 2. Sonnabend, den 9. 16., 23., und 30. März und 6. April.

Roabiter Stadttheater, Wit-Roabit 47/48: Freitag, den 22. Februar; Mittwoch, den 6., Freitag, den 15. und 20. März und Dienstag, den 9. April.

Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11/13: Donnerstag, 21. Februar; Montag, den 4., Mittwoch, den 13., Montag, den 26. März und Sonntag, den 7. April.

Lehrer-Vereinshaus, Alexanderstr. 41: Mittwoch, den 20. Februar; Freitag, den 1., Dienstag, den 12. Mittwoch, den 20. März; Mittwoch, den 8. und Sonnabend, den 13. April.

Seilschhaus, Charlottenburg, Rosinenstr. 3/4: Sonntag, den 17. Februar; den 3., 17. und 24. März und Montag, den 1. April.

Germania-Praktikale, Chausseest. 110: Dienstag, den 26. Februar; Montag, den 11., Freitag, den 22. März; Dienstag, den 2. und Donnerstag, den 11. April.

Gewerkschaftshaus, Engelauer 15: Freitag, den 15. Februar; Sonntag, den 24. Februar; Dienstag, den 5., Donnerstag, den 14., Dienstag den 26. März, und Freitag, den 8. April.

Schloßpark — Steglitz, Schloßstr. 48: Montag, den 26. Februar; Donnerstag, den 7., Montag, den 18., Donnerstag, den 28. März, und Montag, den 8. April.

Praktikale des Oden, Frankfurter Allee 46: Mittwoch, den 27. Februar; Sonntag, den 10., Donnerstag, den 21.; Sonntag, den 31. März und Mittwoch, den 10. April.

Die Einflüssen a 25 Pf. und Familienflüssen (3-5 Personen) a 50 Pf. einschließlich Kleiderabgabe, sind im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer 15 I, Zimmer 15, zu entnehmen.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Die Gewährung einer weiteren Steuerzulage

hat der Vorstand des Verbandes der Schneider zusammen mit dem Hauptvorstand des Gewerkschaftsvereins der Schneider (S.-D.) und des Verbandes der Schneider beim geschäftsführenden Vorstand des Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe in München beantragt. In der Begründung weisen die genannten Organisationen auf die enorme Steigerung aller wichtigen Lebensmittel und Bedarfsartikel. Dazu kommt, daß alle diese notwendigen Lebensmittel sehr oft im realen Handel gar nicht zu haben sind, sondern teilweise zu noch höheren Preisen auf dem Wege des Schleichhandels erworben werden müssen. Die ab 12. November 1917 gewährte Kriegsteuerzulage werde von den Mitgliedern nicht nur als zu niedrig bezeichnet, sondern auch ihrer Form wegen sehr stark angegriffen, weil nicht allen beteiligten Arbeitnehmern in gleicher Weise Rechnung getragen worden ist, so daß insbesondere ein Ausgleich geschaffen werden müsse.

Außerdem wird die Forderung der Vorkriegs- und Nachkriegszeiten in natura erneut und mit stärkerem Nachdruck erhoben.

An den Hauptvorstand des Arbeitgeberverbandes der Herren- und Knabenkleiderfabrikanten Deutschlands in Berlin ist daselbst Schreiben gerichtet worden, unter Weglassung des Textes über die am 12. November 1917 gewährte Steuerzulage und der Forderung der Vorkriegs- und Nachkriegszeiten in natura.

Die hohen Kriegslöhne.

Daß große Firmen nicht immer den gegenwärtigen Steuerungsverhältnissen Rechnung tragen, sondern mitunter Beschäftigung suchenden Personen einen miserablen Lohn anbieten, zeigt folgender Fall.

Ein Soldat, der sich momentan in einem Reservelazarett in Jüterburg befindet, hatte bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Installationsbureau Hamburg angefragt, ob die Firma noch Bedarf an Monteuren habe und unter welchen Bedingungen die eventuelle Einstellung erfolgen würde. Darauf ging folgendes Antwortschreiben ein:

„Antwortschreiben Ihrer Anfrage vom 7. d. M. teilen wir Ihnen mit, daß wir noch Monteure einstellen. Wir zahlen bei durchwegs neunstündiger Arbeitszeit anfänglich 70 Pf. Stundenlohn, sowie für auswärtige Arbeit, für welche Sie in Betracht kommen würden, 5 M. pro Tag Auslösung. Sie wollen uns angeben, mit welchem Befund Sie aus dem Lazarett entlassen werden und wie lange Sie dort vorläufig noch bleiben müssen. Im Falle einer Reklamation müssen wir Truppenarzt und sämtliche Angaben von Ihnen haben.“

Daß bei der heutigen Steuerung ein Stundenlohn von 70 Pf. zur Bekämpfung des notwendigen Lebensunterhalts nicht ausreichend ist, dürfte der obengenannten Firma wohl bekannt sein. Und wir glauben auch, daß die bei derselben beschäftigten Monteure

mit einem so niedrigen Anfangslohn nicht zufrieden sind, wenn gleich ihnen durch die 5 M. Auslösung pro Tag für auswärtige Arbeiten eine erhöhte Einnahme erwächst. Davon würde dem hier in Frage kommenden Monteur, dessen Familie, bestehend aus Frau und zwei Kindern, in Hamburg wohnt, wenig bleiben, denn es müßte ja von dem Verdienst ein doppelter Hauslohn bestritten werden. Ein lediger Mensch mag mit einem solchen Verdienst auskommen, ein Familienvater aber nicht.

Sollte die Firma dem Beschäftigung Suchenden, bloß weil es sich hier um einen Mann im Waffendienst handelt, dem damit gebietet wäre, daß er nach Hause kommen könnte, diesen niedrigen Lohn anbieten, so wäre das entschieden zu verurteilen. Unter solchen Bedingungen wird selbst ein Kriegsdienstpflichtiger — und zöge ihn die Sehnsucht nach so sehr zu seiner Familie — nicht in Arbeit treten wollen. Denn schließlich muß er doch die Gewähr haben, daß er seine Frau und Kinder auch ernähren kann.

Industrie und Handel.

Verstaatlichungsprogramm der dänischen Sozialdemokratie.

Im dänischen Reichstage brachten einige Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion den Antrag ein, einen 15-gliedrigen Ausschuss zu ernennen, der untersuchen soll, ob es nicht im Interesse des Landes und des Volkes liege, die Verstaatlichung der Nationalbank und der übrigen Privatbanken, des Telegraphen- und Telephonwesens, der Eisenbahnen, der Schifffahrt, der Versicherungsgeellschaften aller Arten, der Zuckerraffinerien, Raffinerien, Papierfabriken, Desinfektionsfabriken, der Aktiengesellschaften, die Handel mit Del treiben, ferner der Streichholz-, Leder-, Kunstleder- und Zementfabriken, der Gerbereien, Salzwerke, Brauereien, Bierbrauereien, Kohlenzufuhrgeellschaften usw. durchzuführen. Der Ausschuss soll gleichzeitig untersuchen, welchen ungünstigen Einfluß das Verbleiben dieser Betriebe in den Händen des Privatkapitals und der Trustgesellschaften auf die Wirtschaftsverhältnisse des Landes ausübt. Der Antrag wird in der kommenden Woche im Reichstag zur Beratung gelangen. Aussicht auf seine Annahme besteht, wie berichtet wird, nicht, jedoch sind sehr erregte Erörterungen zu erwarten.

Dieser Antrag ist zweifellos angeregt durch die volkswirtschaftlichen Experimente der Volkswirtschaft; es ist aber charakteristisch, daß er nicht Verstaatlichung aus dem Siegriest, sondern Unterfuchung der Bedingungen einer Verstaatlichung verlangt. Was die Volkswirtschaft tun, rührt an die wichtigsten Probleme der Wirtschaft und wird so über so einen gewissen Einfluß auf die Vorkriegswirtschaft des europäischen Protektariats üben. Die praktische Durchführung der umstürzenden Reformen in Rußland scheint freilich leider, wenn einem und zugegangenen Bericht zu trauen ist, manches vermissen zu lassen. Ein deutscher Finanzmann, der als Kommissionsmitglied in den Petersburger Straßen die Augen hat spielen hören, hat hier erzählt, daß die meisten Vorkriegsindustrien in Rußland, in Schweden oder — im Gedächtnis sind. Die zurückgebliebenen arbeiten unter Kuffert blutjunger Kommissare der bolschewistischen Regierung und — schreiben auf deren Anweisung weitens Schecks aus. Depositionen sind bis 200 Rubel gestiegen; nur für Lohnzahlungen dürfen größere Summen abgehoben werden, und zwar für diesen Zweck auch dann — wenn der Unternehmer gar kein Guthaben mehr hat.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

In das Handelsregister ist die Aktienfirma A.-G. mit dem Sitz zu Berlin eingetragen worden. Das Kapital der Gesellschaft, die sich in der Hauptsache mit dem Bau und Betrieb elektrischer Kraftwerke befaßt, beträgt 1 Million Mark. Zum Vorstand ist Kaufmann Paul Mischow in Berlin ernannt worden. Die Gründer der Gesellschaft sind: Kommerzienrat Franz Hagen-Röhn, Kaufmann Johann Hinden-Röhn-Deuk, Kaufmann Johannes Scherer-Röhn-Rindenthol, Kaufmann Richard Thiemer-Berlin, Dr. Bernhard Thonnes-Röhn-Hödenberg.

Die Runkelkaffee-AG. wurde unter Mitwirkung der Gesellschaft für Leohnit (Berlin) vorbehaltlich der staatlichen Genehmigung als eine neue Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 1 Mill. M. errichtet. Zweck des Unternehmens bildet die Ausgestaltung und Verwertung von Verfahren auf dem Gebiete der Herstellung von Gefäßprodukten für ausländische Rohstoffe.

Die Friedländer-Jüdische Nachlassverwaltung hat ihre Beteiligung am Textilkonzern, also die Anteile an der Textilfabrik O. m. b. H. in Berlin, an den Oppelner Textilwerken m. b. H., ferner die Aktien der Papier-AG. Waldam-Stahlhammer sowie die sonstigen deutschen und österreichischen Interessen auf dem Spinnpapiergebiet abgetreten. Die Beteiligung ist auf die Firmen S. Meidbräder, die Disconto-Gesellschaft, die Deutsche Bank sowie auf die hiesige Reichliche Verwaltung übergegangen. Zu diesen bisherigen Konjunktur ist dann Herr Robert Friedländer zugezogen. Der Umfang seiner Beteiligung ist bisher nicht bekannt.

Eine Erklärung zum Wirtschaftsvertrag mit den Ukrainern.

Die „Frankfurter Zeitung“ läßt sich aus Berlin schreiben: In dem Wirtschaftsvertrag mit der Ukraine ist darauf Rücksicht genommen worden, daß durch die Bodenreform die Besitzverhältnisse auf eine ganz andere Basis gestellt worden sind, als dies die Mittelmächte bei ihren Privateigentumsverhältnissen kennen. Die Ukraine, die ihre eigenen Staatsangehörigen für die Enteignung

nicht entschädigt, fräubi sich, den unter gleichen Verhältnissen enteigneten deutschen Besitzern Entschädigungen zu zahlen. Von diesen Enteignungen werden aber mehr als die deutschen Konfessionäre und Befitzer die der Entente, namentlich England, Frankreich und Amerika betroffen, und eine von uns durchgeführte Entschädigungspflicht wäre in erster Linie auch Angehörigen der Entente zugute gekommen. Es ist aber vertraglich festgelegt, daß unsere geschädigten Landsleute auf keinen Fall schlechter behandelt werden, als die den Ententeanern angehörigen Geschädigten, und alle Vorteile, die die Entente später noch für ihre Angehörigen durchzusetzen in der Lage wäre, würden auch unseren Staatsangehörigen zugute kommen. Wie in ganz Rußland, bestand auch in der Ukraine eine starke Abneigung gegen den alten deutsch-russischen Handelsvertrag, und ursprünglich wollten die ukrainischen Delegierten unter gar keinen Umständen eine Weitergeltung der alten Handelsvertragsbestimmungen anerkennen, während gerade die deutschen Interessenten großen Wert darauf legten. Es ist nun gelungen, ein Kompromiß zu schaffen, indem die deutschen Interessen in weitgehendem Maße gesichert werden und viele von den früheren Handelsvertragsbestimmungen in das neue Vertragsverhältnis übernommen sind.

Steigerung der deutschen Wälsche. Die deutsche Währung hat aus dem Friedensschluß mit den Ukrainern und Trojki's Erklärung guten Nutzen gezogen. 100 M. wurden am Sonnabend in der Schweiz mit 82,5 Fr. (im Frieden 123 Fr.) bezahlt, am Montag mit 87 und am Dienstag mit 89 Fr. Diese Wässerung wird nur anhalten, wenn die deutsche Regierung eine folgerichtige Friedenspolitik treibt, wie die Erfahrung lehrt!

Es wird glänzend weiter verdient. Die Eisenhüttenwerk Talsale A.-G. verteilt eine Dividende von 26 Proz. (wie im Vorjahre) und eine besondere Vergütung von 17,5 M. (i. Vorj. 12,5 M.) für 600 M. Aktienkapital. Das Gesamtergebnis für die Aktionäre stellt sich hiernach auf 55,5 Proz. (im Vorjahre 40,5 Proz.)

Gerichtszeitung.

Nordverbrechen eines Siebzehnjährigen.

Unter der Anklage des versuchten Nordes stand der noch nicht 18-jährige Arbeiter Erich Siebmann vor dem außerordentlichen Kriegsgericht. Ihm war Justizrat Dr. David Sohn als Verteidiger gestellt worden. Der Angeklagte, Sohn einer in Charlottenburg wohnenden Witwe, war bisher völlig unbescholten; er hat, da er an Schuermenschwund leidet, einige Jahre der Schulunterricht in der Hindenburgschule empfangen und ist infolge des mangelhaften Schuermenschen in seiner Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt. Er stand wegen dieses Leidens oft unter einem großen seelischen Druck, so daß er einmal schon einen Selbstmord geplant hatte. In der Tat arbeitete er bei Siemens, doch war das ihm zugewiesene Arbeitsfeld nur ein eng begrenztes. Durch den Verlust mit Arbeitslosen hatte er sich nach und nach eine Schuldenlast in Höhe von 50 M. aufgebürdet, die ihn um so mehr bedrückte, als er auch seiner Mutter einen Beitrag von 1 Mark vorzahlen mußte. Da ihm der Plan, sich durch ein Verbrechen Geld zu beschaffen, in die Hand gekommen war, so hat er sich am 1. Februar 1918 in das Kontor des Hauswirts Klensdorf nach der Schloßstraße 26a in Charlottenburg bringen lassen und mußte, daß die dort beschäftigte Kontoristin Pantel viel Geld allein anwesend war und noch dem Monats-Erlös größere Mietbeträge dort zusammenflossen. Der Angeklagte rückte nun den Plan, das junge Mädchen zu überfallen, sie durch Verbleibe niederschlagen und das vorhandene Geld zu rauben. Schon am 1. Februar wollte er an die Ausführung des Verbrechens gehen; er rüstete sich mit einem Revolver aus, das er unter seinem Mantel versteckt und suchte die Kontoristin in der Schloßstraße 26a auf. Er erbot sich von ihr Auskunft über eine von ihm imperierte Angelegenheit, fand dann aber nicht den Mut, den räuberischen Heberfall auszuführen. Er wiederholte den Versuch noch am demselben Abend, fand aber wiederum von seinem Vorhaben ab. Nach erfolglos verbrachter Nacht erfasen er am 2. Februar wieder im Kontor, nachdem er wieder das Geld zu sich gesteckt hatte. Er redete der Kontoristin vor, daß er sich einen Ablehnen der Hindenburgschule unterstempeln lassen müsse, vermittelte sie in ein längeres Gespräch und bezog sie schließlich an den Schreibtisch zu setzen, um eine Annahme des Angeklagten herauszufinden. Nun holte dieser plötzlich das Revolver und versetzte dem jungen Mädchen einen Schuß auf dem Kopf, der lebensgefährlich war, eine zwar fast blutende, aber wenig tiefgehende Wunde verursachte. Die Heberfalle (Inzang) entfiel empor, schrie laut um Hilfe und suchte eine elektrische Klingel zu erreichen. Der Angeklagte suchte sie daran zu hindern, würgte sie und hielt ihr den Mund zu. Als ihm dies nicht gelang, eilte er schleunigst davon. Den auf der Treppe ihm begegnenden Personen rief er zu, daß da ein Verbrechen begangen zu sein scheint und er die Polizei holen wolle. Es gelang ihm auch, unbeschadet weiter zu laufen, doch ließ er an der Haustür dem Hauswirts Klensdorf in vollem Umfang geschädigt und gab auch zu, daß er das junge Mädchen töten wollte und den Plan mehrfach überlegt habe. Zu seinem Glück sind ernstere gesundheitliche Folgen bei der Heberfalle nicht hervorgerufen worden. Der Staatsanwalt beantragte 3 Jahre Gefängnis, das Gericht erkannte auf 4 Jahre Gefängnis.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Berlin; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Verlags-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Berlag-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage mit Unterhaltungsblatt.

Der Zug Der Zeit

ist auf sparen gerichtet. Nicht zum wenigsten auch, wenn es sich um Damenkleidung handelt. Deshalb heißt doppelt wählerisch sein beim Einkauf sowohl mit Bezug auf „was“ Sie kaufen, als auch „wo“ Sie kaufen.

Rönigstr. 33
Chausseest. 113

42

Wie alt sind die Bauernregeln?

Kulturgeschichtliche Studie von Dr. Johannes Kleinpanl.

In jüngerer, erfrühter Zeit, wo jeder glücklich ist, wenn er einen Garten oder ein Feldstück hat, wo man Ziergärten und öffentliche Anlagen in Parkgärten umwandelt und wo wir alle auch das Bedecken der Saaten und Pflanzungen auf den weiten Feldern, draußen vor der Stadt, mit aufmerksamsten Entwürfen und Hoffnungen begleiten, gewinnen für eine größere Allgemeinheit auch die alten Bauernregeln wieder ein lebhafteres Interesse. Mancher, der sie jahraus jahrein in Kalendern und Tageszeitungen gesehen — aber überschlagen — hat, fragt sich wohl jetzt, was es damit eigentlich für ein Bewandnis hat. Woher stammen sie, was haben sie für Wert, wie alt sind sie? Gerade in den durch eine ganz besonders ungewöhnliche Witterung ausgezeichneten Kriegsjahren, in den kommenden Frühjahrs- und Sommermonaten, wo auch da draußen auf unseren friedlichen Fluren alles zur Entscheidung drängt, wird man besonders scharf auf die verschiedenen Vorträge und die von ihnen abgeleiteten Regeln, die sich mit den Witterungserscheinungen, und mit den Ernteaussichten beschäftigen, achten: dadurch gewinnen alle diese Fragen eben jetzt ein gesteigertes Interesse.

Sie sind nicht so ohne weiteres zu beantworten. Die Bauernregeln sind zum mindesten schon solange bekannt, als es gedruckte Kalender gibt. Alljährlich, so oft ein neuer Kalender herauskommt, werden sie neu gedruckt, und auch die Zeitungen veröffentlichten regelmäßig eine Auswahl aus ihrer großen Zahl, je nachdem die besonderen Witterungsverhältnisse das angezeigt erscheinen lassen; besonders die „Heimatblätter“ beschäftigen sich gern mit ihnen. Oberflächlichster Leser freilich — die zu nichts Zeit haben — behaupten, daß sie ihnen nichts abgewinnen können. Sie bezeichnen sie als Ueberbleibsel einer längst überholten Zeit, für deren altväterlichen, hausbadenen Sitt und Gewohnheit man heutzutage nicht mehr übrig hat. Andere aber erkennen und schätzen diese anspruchslos vollstündliche Wahrheit als lebendige Zeugen eindrucklicher Naturbeobachtung und der humorvollen Anschauungsweise unserer Vorfahren. Freilich muß man, um das recht zu würdigen, Mühe und Gelegenheit haben, allen jenen Dingen: Witterung und Wetter, Tier- und Pflanzenwelt und ländliches Leben — von denen in den Bauernregeln die Rede ist, selber mit gleich inniger Liebe und Aufmerksamkeit nachzugehen; und daran fehlt es heute, selbst auf dem Lande, häufig an Zeit. Daran läßt sich aber auch schon bis zu einem gewissen Grade erretten, wie weit die Entdeckung der Bauernregeln zurückzuführen sein mag. Denn zweifellos stammen sie aus einer Zeit, in der „man“, das heißt die namenlose Masse unseres Volkes, in der wir die Urheber dieser Werksprüche zu erkennen vermögen, — die nötige Mühe und Gelegenheit dazu hatte.

Ein anderes Merkmal sind die Reime. Sie erinnern noch an eine weit zurückliegende Vergangenheit, in der unser Volk alles, was ihm wichtig und merkwürdig erschien, in gebundene Form brachte. Denn Gemeintes läßt sich leichter merken als — Ungemeintes! Auch das würde heutzutage keinem Menschen mehr einfallen, über solche einfältige, schlichte Beobachtungen sich tiefere Gedanken und nun gar Verse zu machen. Wer so denkt, überflieht bedenken den dauernden Fortschritt der Zeit, und das früher wichtig und bedeutungsvoll war, was heute überflüssig und unwichtig geworden ist — wenigstens für weite Kreise unseres Volkes, die sich weniger an eigene, persönliche Erfahrungen, als an die Ergebnisse und Ermittlungen exakter wissenschaftlicher Beobachtung halten, an denen sie aber selbst in keiner Weise schöpferisch teilhaben.

Au den alten Bauernregeln aber hat wohl unser ganzes Volk der Dichter und Denker seinerzeit mitgearbeitet. Sie sind nicht das Erzeugnis gestreifter Einzelner, das bezeugt schon ihr Name. Ihr ganzer Reiz, den sie jetzt noch für viele unter uns haben, beruht gerade auf ihrer natürlichen Frische und Ursprünglichkeit. Es ist nicht überflüssig zu betonen, daß ihre ländlich-bäuerliche Herkunft hinwegzudenken und ihnen einen vornehmeren Stammbaum zuzulegen. Auch die schlichte Aufmachung in gereimter Form ist ein sicherer Zeuge beträchtlichen Alters. Da die Verse, in einzelnen betrachtet, sehr ungleich in ihrem Werte sind, kann hierbei nicht allzuviel belagert. Manchmal haben es sich diese unbekannteren alten „Dichter“ in der Tat gar zu leicht gemacht. Es ist keine besondere Kunst, Regen-Segen, regnet-gegnet, Sonne-Donne, sonnig-wonnig miteinander zu reimen, und man hat davon etwas reichlich viel Gebrauch gemacht. Indessen, auch im Reizen gibt es Spreu und wenn wir die Spreu zwischen diesen Bauernregeln weglegen, bleibt manches goldene Korn, das um so heller glänzt und um so manchmal nach seitenlanger, langweiliger, kimmernder Zeitungslektüre plötzlich herzerquickend entgegenlacht und in trüben Tagen mit einem Male wieder froh und hoffnungsvoll macht.

Weitere Beweise für ein zum Teil sogar sehr erhebliches Alter werden genauere Kenner der Kulturgeschichte unseres Volkes in allerlei tieferen und verdichteteren Beziehungen erblicken. Da ist z. B. in sehr vielen Bauernregeln nicht vom Tage, sondern von Nächten die Rede. Die Nacht, die den letzten Tag gebar, hatte noch der Anschauung unserer Vorfahren in weit zurückliegender Zeit etwas besonders Weihevollstes, was heute noch manche alte Bezeichnungen in den Kalendern — und damit auch noch in unserem alljährlichen Erleben — bezeugen. Wir sprechen von der Christnacht und von „Kalmacht“, von der Walpurgisnacht, Johannisnacht, Andreasmacht und Silvesternacht, von den „Juch-Nächten“ und noch manchen anderen durch alte Ueberlieferung ehrwürdigen und geachteten Nächten! Heute noch gelten diese Nächte in unseren Erntebrauche vielfach mehr als der ihnen folgende, zum Teil völlig belanglose Tag!

In Verbindung damit wäre als weiterer Zeuge hohen Alters auch die in den Bauernregeln vielfach zutage tretende Zahlensymbolik zu erwähnen.

Was Matthäus und Sankt Peter macht, So bleibt es noch durch vierzig Nacht.

Besonders die 40, eine uralte Festbestimmung, und die „Neben Wochen“ spielen dabei die Hauptrolle.

Ein anderes Bedürfnis halb oder ganz vergessener, alter Kultur rückt und eine der vielen Bauernregeln vom Tage Maria Reinigung (2. Februar) vor Augen. Sie lautet:

Richtmeß!
Bei Tage eh!
Ru Spindel und Kunkel vergess!

Das erinnert daran, daß unsere Vorfahren im Mittelalter ihre Hauptmahlzeit erst nach vollbrachtem Tagewerk, in der Vorabendstunde, einzunehmen gewohnt waren. Vom Tage Maria-Reinigung ab hatten sie sich aber nun so eingerichtet, daß sie mit ihrer Arbeit bei natürlichem Licht fertig wurden und auch noch vor Einbruch der Dunkelheit essen konnten. Maria Reinigung bezeichnete also den Beginn der mittelalterlichen „Sommerzeit“. Deshalb wurden auch an diesem Tage die Gerüstschoten, mit denen sich Winters über die Frauen an den langen Abenden am Herde beschäftigt hatten, Spindel und Kunkel in die Ecke gestellt und halb „veressen“, weil es nun wieder draußen in Garten und Feld genug zu tun gab.

Von besonders eigenartiger kulturgeschichtlicher Bedeutung ist aber auch die Bauernregel vom Matthäustage, dem Schalttag. Kaiser Lothar II. brachte die Gebirge dieses Heiligen, der an die Stelle des Judas Iskariot in der Reihe der Jünger Jesu trat, nach Goslar, und so wurde Matthias der Älteste Schutzpatron des dortigen ältesten Bergwerks des Deutschen Reiches und auch der schönen Stadt. Kamentlich sein in Silber gefaßtes Haupt war eine der kostbarsten Kleinode im Goslarer Dom. Damit zog die Domgeistlichkeit alljährlich an seinem Gedenntage (24. Februar) durch die Stadt und manchmal auch sonst noch weit umher. Schweben Träger trugen die heiligen Reste in schweren silbernen Schreinen. Im Jahre 1109 fand aber der Umzug ein schattes Ende. Auf der Höhe des Rosenberges überfiel Wulfing von Volkenbüttel mit einer Bande Strauchräuber unversehens die fromme Pilgerschar, um ihnen ihren Schatz zu rauben. Da wußten die Träger kein anderes Mittel, als daß sie die beiden Tärge flugs in den Stadtgraben warfen, und siehe da! — Es geschah wie in der Bauernregel:

Matthäus — bricht Eis,
Kink' er kreuz,
Dann macht er ein.

Denn die silbernen Schreine ruhten verborgen unter einer durchschmolzenen oder eben so rasch neu gebildeten Eiskruste. Auf Grund dieser Begebenheit soll das eigenartige Merkmal entstanden sein, und daß der Matthäustag ein kühlerer Tag in dieser Hinsicht ist, wird auch noch durch manches andere, ähnliche Beispiel.

Diese Bauernregel ist, soweit wir wissen, die einzige, deren Herkunft und Alter sich einigermaßen genau bestimmen läßt. Vor dem Jahre 1100 kann sie nicht gut entstanden sein, möglicherweise aber auch nicht viel später. Manche andere mögen aber aus den angeführten Gründen auf noch weit ältere — andere hingegen auf viel spätere — Zeit zurückgehen. Denn auch manch solbares, eigenartiges Spruchgut ruht darin verborgen, und es lohnt sich wohl, auch dem einmal mit Eifer und Sorgfalt weiter nachzugehen.

„Fröhlicher Abend.“

Deutschen Humor, wie er in unserer Kunst- und Volksbildung, unvergänglich, köstlich blühend niedergelegt ist, durch Wort und Gesang gleichsam sichtbar zu machen, hatten sich Maria Schöpfung und Margarete Wallotte, zwei treffliche Vortragungskünstlerinnen, zu gemeinamem Tun vereinigt. Ein Programm, so sorgsam gewählt, als luxuriös gestaltet: — ein fröhlicher Abend

in der Tat! Die literarische Note war durch poetische Stücke von Höpff, dem Haupt des lyrischen Göttinger Hainbundes, Goethe, Storm und Wilhelm Busch festgehalten.

Maria Schöpfung hat der feiter-rühigen Art genug, um Dichtungen verschiedenen Ursprungs und Charakters vortraglich in Plastik umzuzeigen. Das bewiesen die erzählte doppelstimmig-humorvolle kleine Stürmische Komödie „Wenn die Kefel reif sind“, ferner skurrille, dabei lachender Lebensphilosophie volle Stücke von Wilhelm Busch und endlich das Grimm-Schöder nachgesprochene Märchen vom Wettlauf zwischen Gese und Swinegel. Die Märchen-dichtung zumal für die „Kleinen“ „Großen“ scheint ihre besondere Domäne zu sein.

Margarete Wallotte sang alte und neuere Volkslieder zur Laute. Darin lebt und weht ein zuweilen derber Humor, der mit feinsten Kunstmitteln sprachgefanglich-mimoteknisch erglänzt und leuchtet gemacht wird. Hier wirkt Gestaltungskraft, der mit wenigen aber sicheren Strichen starke Bildhaftigkeit hervorbringt und selbst lächelnde Spigen mit grazilem Schalkshumor vergoldet.

Beide Vortragende haben ihre Gemeinde — der ausverkaufte stimmungreiche „Meisteraal“ zeigte es an — und ihr Erfolg war auch in diesem Fall verdient.

Die Einheitskleidung in den Vereinigten Staaten.

Die Bürger der Vereinigten Staaten werden jetzt, ein Jahr nach ihrem Eintritt in den Krieg, mit Sparamts- und Ein-sparungserlassen bedacht, wie sie in den anderen kriegsführenden Ländern erst nach weitaus längerer Kampfdauer erforderlich sind. Aus den Berichten amerikanischer Blätter gewinnt man den Eindruck, daß eine erhebliche Kriegserbitterung sich der Regierung der Vereinigten Staaten bemächtigt hat, eine Art neurasienischer Angst, daß man irgendwie in Verlegenheit geraten könnte. Darum ist in den Zeitungen, in den offiziellen Ankündigungen, auf dem mit der Kriegführung zusammenhängenden Plakaten und so weiter jedes dritte Wort: Sparamts! Um mehr Arbeiter für Kriegswerkstätten frei zu bekommen, um Kohlen und Geld zu sparen, wird jetzt der Plan einer Einheitskleidung ausgearbeitet, der für alle Einzelstaaten ohne irgendwelche Unterschiede Geltung haben soll. Nach diesem Plan werden in Zukunft für Stiefel nur 3 Farben statthaft sein. Die modischen Stoffeinsätze sollen dadurch allmählich verschwinden. Damenstiefel über eine gewisse ziemlich bescheidene Höhe werden der strenger Strafe verboten. Für die Herrenanzüge sollen auch nur 3 Farben erlaubt werden, nämlich schwarz, grau und blau. Endlich wird den sogenannten Phantomschneidern unerbittliche Fehde angehängt. An ihre Stelle soll das bereits mit großem Lärm angefündigte amerikanische Nationalhemd treten.

Notizen.

Salon Cassirer. Bei Paul Cassirer ist die nächste Ausstellung Ludwig Meidner, einem der „Jüngsten“, gewidmet. Außerdem werden Arbeiten des Bildhauers Josef W. Abbo gezeigt werden.

Selma Lagerlöf, die edle schwedische Dichterin von Weltum, ist unter die politischen Aktivistinnen ihres Landes gerungen. Sie gab ihren Namen für einen Aufruf an die schwedischen Frauen, sich der Bewegung für Finnland anzuschließen, die doch im Grunde nichts anderes als eine bürgerliche Aktion gegen das finnische Protektorat ist.

Eine neue Zeitschrift. Vor kurzem ging eine von Dänemark stammende Zeitschrift durch die deutsche Presse, wonach dort Schritte im Gange seien, um den Zeitgeist der Kleinierwelt des Kaiserers der Industrie dienstbar zu machen. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß der tatsächlich große Gehalt an fettem Öl, der vielen der Blantkonkreteben und mehr noch den in den Frühlingsepoche in ungeachteten Reagen lebenden Nickelalgen zukommt, schon längst in Deutschland der Gegenstand eifriger und erfolgreicher Versuche ist, die nach den Angaben des Münchener Botanikers R. Francé von der Botanischen Studiengesellschaft durchgeführt wurden.

Die Angelegenheit beschäftigt derzeit bereits die Reichsfeststelle und bietet alle Aussicht auf eine nicht unweiseliche Bereicherung unserer Vorräte namentlich an technisch nützlichen Dingen.

Der Knopf aus Fischabfall. Den ziemlich weiten Weg vom Fischabfall zum Knopf hat eine in Slagen in Dänemark gegründete Aktiengesellschaft zurückgelegt, die aus den Rückständen des Fischabfalls, wie der „Prometteer“ darlegt, durch ein Schmelzverfahren unter sehr hohen Hitzegraden das sogenannte „Kornmili“ gewinnt, das als ideales Material für die Knopfabrikation geschildert wird.

Töchter der Hebung.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Siebig.

Annemarie lieb den älteren Vertholdi vollständig gleichgültig, aber er beweidete den jüngeren Bruder, daß der den Mut gefunden hatte, das Glück an sich zu reißen. Und wenn es auch nur ein kurzes Glück war! Heinz war der einzige, der Rudolf volles Verständnis entgegenbrachte. Warum beklagte die Mutter sich? Der Bruder hatte ja so recht, er genoß das Heute und fragte nicht nach dem Morgen. Das war sein gutes Recht. Und die Pflicht des, der im Felde steht. Ein jeder konnte es freilich nicht, und daß er's nicht konnte, das verstimme Heinz Vertholdi tief. Sein Urlaub war abgelaufen, am Tage nach der Hochzeit mußte er zu seinem Regiment.

Sie hatten sich seit der ersten Begegnung und ihrer fröhlichen Kaninchenjagd täglich gesprochen. Der junge Mann hatte Frau Rossi seinen Besuch gemacht, und die Generalin, die zufällig gerade bei der Tochter war, hatte ihn freundlich aufgefordert, auch sie zu besuchen. Frau von Voigt war erfreut, daß die Tochter wieder einiges Interesse zeigte. Stumm und teilnahmslos hatte Vili viele Wochen dageessen, nun wurde sie doch etwas lebhafter. Die Mutter war dem Leutnant Vertholdi dankbar dafür. „Sprechen Sie aber nicht viel vom Krieg“, bat sie, als er bei ihr zum Tee saß und Vili noch nicht da war, „ich fürchte, es greift meine Tochter zu sehr an. Sie wissen, sie hat viel durchgemacht.“ Der junge Offizier verbeugte sich: „Erzählen können ganz ruhig sein. Ich erzähle nicht gern vom Krieg. Was man da erlebt, behält man am besten für sich.“

So hatten sie denn nie von dem gesprochen, was sie mit seinen Schrecknissen so nahe umlauerte. Sie waren zusammen spazieren gegangen, es war ihm gelungen, die junge Frau herauszuloden; wenn es auch Winter war, die Tage waren schön. Kalt war es nicht, die Sonne zeigte plötzlich schon Kraft, in den Mittagsstunden konnte man vergessen, daß es noch Januar war. Die Haselnußtauben steckten ihre Träubchen heraus, die dunkelgrünen Niefeln des nahen Waldes dufteten, nicht so wie im Sommer, wenn der harzige Stamm von heißem Wohlgeruch triefte wie eine brennende Opfer-

kerze, jetzt war der Duft heimlicher, aber voll verhaltener Kraft.

Die Spaziergänge belebten die junge Frau, sie hatte den Wald der Heimat gar nicht mehr gefamnt; wenn es auch nur ein armer Wald war, jetzt entzückte er sie.

Sie machten den letzten Spaziergang zusammen am Tag vor Rudolf's Hochzeit. Morgen würde er ja nicht Zeit haben, und übermorgen — nun, daran wollte Heinz heute noch nicht denken. Mit einem langen Blick umfasste er die Gestalt der geliebten Frau, die leicht vor ihm berührte. Wenn er es ihr doch wenigstens sagen dürfte, daß er sie liebte! Aber durfte er das? Sie war in tiefer Trauer. Oh, dieser Italiener, wie er ihn haßte! Die Tritte des jungen Offiziers waren hart, sie stampften den moosigen Waldboden. Der war ihm ein tödlicher Feind, jetzt noch, da er schon lange tot war. Diese Frau, ach, diese Frau! Es gab nurmehr diese einzige für ihn auf der ganzen Erde. Dicht ging er hinter ihr, und wechte der Wind ihr schwarzes Kleid ein wenig zurück, daß es flatternd ihn streifte, kühlte er es wie Befehlsgang.

Schweigend gingen sie den schmalen Waldbfad, den sie fast täglich gegangen waren, hinunter zum See; sie liebten diesen einsamen Weg, auf dem man keinen Menschen begegnete, nur manchmal einen Reh, das nicht fürchtete. Ritten im Anonengedrüll, Mulderegieren und Schmerzengestöhn, mitten im weinenden Klagen, in aller Gemeinschaft und Verleumdung der Welt, wenn sie hier gewandert im tiefsten Frieden. Abgeschiedene Beißer, die nichts mehr von der Vergangenheit wußten, die in der Zeitlichkeit wandeln.

Ob sie es nicht fühlte, daß er sie liebte? Ihr Blick blieb ruhig, immer ein wenig traurig, wenn sie auch lächelte; immer lag es über diesen schönen Augen wie ein Schleier. Der Lebende verglich mit einer gewissen Eifersucht seines Bruders Braut mit dieser Frau hier — diese würde der Mutter gefallen. Wenn er nur wüßte, was Vili über ihn dachte! Sie war gern mit ihm zusammen, das fühlte er, aber ob sie denn gar nicht mehr für ihn empfand? Eine so junge Frau — sie konnte doch nicht allem entsagen wollen? Schon sah sie nicht mehr aus wie die Nonne, als die er sie zuerst erblickt hatte im Krügerischen Garten. Einen schwarzen Schleier trug sie heute nicht — sah sie nicht aus wie ein Mädchen in dem kleinen Pelztüppchen? Er ging hinter ihr und siebte: morgen war für ihn ein verlorener Tag, da konnte er hier nicht mit ihr wandern, und übermorgen — Gott im Himmel,

übermorgen um diese Zeit war er längst fort! Es überfiel ihn in jähem Schreck, er biß die Zähne zusammen.

Sie standen am See. Der sah aus wie ein Auge, das ein Geheimnis birgt. Ganz ungerührt. Wolken waren über den Himmel gezogen, er warf nichts Lichtes herunter; es spiegelten sich nur die schwarzen Niefelbüschungen der Ufer in schwarzen Klumpen. Auf dem Wasser, das gestern im Sonnenlanz gelächelt hatte, lag es heute wie entsagungsvolle Trauer. Die Witwe stand dicht am Rand, die düstere Lache bespülte fast ihren Fuß. Sie hatte das Pelztüppchen abgenommen und ließ den Wemwind um ihre Schläfen wehen. Nun sah man die Linien, die schwere Gedanken in ihre Stirn gezeichnet hatten. Die Winkel ihres Mundes waren ein wenig herabgezogen, sie sah sehr traurig aus.

„Tut es Ihnen leid, daß ich fortlage — übermorgen schon?“ fragte er leise. Er konnte nicht länger an sich halten; das wenigstens, das mußte er sie fragen.

Sie nickte. Aber sie sagte nichts. Als sei sie schon geworden, so drehte sie um.

Näher als sie gekommen waren, gingen sie zurück. Sie lief immer vor ihm her. Als sie am Krügerischen Hause angelangt waren, reichte sie ihm die Hand zum Auf-

„Sehe ich Sie heute noch?“ Seine Augen baten.

„Ich bin heute nicht zu Hause.“

Er kühlte, daß sie nicht die Wahrheit sprach, und das machte ihm Mut. „So werde ich morgen kommen und Ihnen Lebewohl sagen. Wenn auch die Hochzeitfeier meines Bruders ist. Ich finde schon eine Stunde. Gegen Abend.“ Er glaubte ein leichtes Zittern ihrer Hand zu verspüren, die er noch immer hielt. „Also morgen!“

Es war eine schlaflose Nacht, die die junge Witwe verbracht hatte; von vielen schlaflosen Nächten die schlaflose. Sie hörte jede Viertelstunde von der großen Turmuhr der Kirche schlagen — hart, gefühllos. Es war eine Qual. Sie wühlte in den Kissen, und dann sah sie aufrecht und stützte die Ellenbogen auf die hochgezogenen Kissen und den schmerzenden Kopf zwischen die Hände. Durch den gezogenen Vorhang sah sich ein letzter Mondstrahl und tanzte in allerlei seltsamen Zudungen und hüpfenden Lichtern auf dem Bild ihres Mannes, das an der Wand, ihrem Bett gegenüber, hing. Die Mutter hatte ihr eine Photographie vergrößern lassen — es war ihr einziges Weihnachts-geschenk gewesen, sie hatte nichts anderes haben wollen — und nun?! (Fortl. folgt.)

Groß-Berlin

„Hilfsmassnahmen“ zur Bekämpfung der Wohnungsnot.

Im Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat, wie wir erfahren, am Montag eine Besprechung der beteiligten Ministerien und Groß-Berliner Behörden über die Hilfsmassnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot in Groß-Berlin stattgefunden.

Als das Ergebnis der Besprechung, die sich in erster Reihe mit der Freigabe der Dach- und Kellerwohnungen beschäftigt, ist festzustellen, daß diese Zulassung des Wohnens in Dach- und Kellerräumen erst mit Friedensschluß gestattet werden soll.

Von dem Vertreter des Verbandes Groß-Berlin ist in der Besprechung beantragt worden, über diese Hilfsmassnahmen hinaus schleunigst in Beratungen darüber einzutreten, wie die gesamte Wohnungsfrage durch positive Massregeln gelöst werden könne.

Die Hausbesitzer können mit dieser vermehrten Verzinsungsmöglichkeit ihrer Grundstücke recht zufrieden sein. Aber was werden die heimtücklichen Krieger sagen, wenn sie das dankbare Vaterland in Dach- und Kellerräumen verweist?

Steinigers Nachfolger.

Um die Nachfolge des Herrn Steiniger, des Direktors des Zweigverbandes Groß-Berlin, haben sich, wie man hört, eine Reihe von fähigen und angesehenen Männern beworben, wovon die ablehrende Entscheidung des bisherigen Verbandesdirektors mit der doppelten Auszeichnung der Stelle andere geeignete Kandidaten abgelehrt hat.

Daß Herr Steiniger eine Riese war, ist ein offenes Geheimnis. Er hat sich als ein Direktor gegen Groß-Berlin gefühlt und gestützt auf die Partei der Hausbesitzer und auf die führenden Persönlichkeiten in den Landkreisen, nichts getan, um der eigentlichen Aufgabe des Verbandes gerecht zu werden.

Diese seine Hoffnung bildet den Leitfaden der Taktik seines tätigen und einflussreichsten Freundes, des bekannten Berliner Bodengroßhändlers Haberland. Herr Haberland, dem es nie an Kühnheit und Entschlossenheit gefehlt hat, bemüht sich jetzt, die einzelnen Verbandesmitglieder auf bestimmte Kandidaten möglichst festzulegen.

Wenn man dieses Spiel zu beobachten Gelegenheit hat, so entsteht von selbst die Frage, warum die sichere Mehrheit gegen Herrn Steiniger nicht verheißt, sich untereinander zu verständigen und dadurch Steinigers Wiederwahl trotz allen Punkten seiner emigen Freunde unmöglich zu machen.

Verlegung des Oberpräsidiums von Potsdam nach Berlin.

In der gestrigen Sitzung des verstärkten Staatshaushaltsausschusses des Abgeordnetenhauses wurde bei der Beratung des Haushalts des Finanzministeriums der vom Minister des Innern und dem Finanzminister beantragten Verlegung des Oberpräsidiums von Potsdam nach Berlin von allen Parteien zugestimmt.

Die Kriegse Leder-Aktiengesellschaft

Es hat gestern Vertreter der Presse zu sich geladen, um ihnen „Einblick“ in ihren Betrieb zu geben. Minister a. D. von Rössler, der Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte die Gäste. Er sagte, daß die Kriegse Leder-Aktiengesellschaft gegen die in der Presse er-

hobenen Angriffe bisher wehrlos gewesen sei. Deshalb wolle sie jetzt einmal über ihre Organisation und ihre Tätigkeit die Presse aufklären. Auf den Verteidigungsplan war auch der Vortrag des Dr. Altenrath gestimmt, der dem Vorstand der Kriegse Leder-Aktiengesellschaft angehört. Das Unternehmen ist organisiert wie eine Aktiengesellschaft, will aber gemeinnützig sein und kennt weder Dividendenzahlung noch Zinsmengenabzehrung.

Die Handelskammer und die Möbelknappheit.

Auf eine Anfrage des Handelsministers hat sich die Handelskammer zu Berlin mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der Möbelknappheit beschäftigt und alle Schritte, die geeignet sind, der ungenügenden Preissteigerung im Möbelhandel entgegenzuwirken, als erwünscht bezeichnet. Dagegen hält es die Handelskammer in ihrer Antwort an den Handelsminister nicht für zweckmäßig, den Möbelhandel durch die Gemeinden regeln oder gar von ihnen betreiben zu lassen.

Kurz gefasst: Der gegenwärtig grassierende ungeheuerliche Möbelmangel soll unbehelligt bleiben und sowohl vor Eingriffen der Behörden als vor der Konkurrenz der Kommunen geschützt werden. Alles natürlich aus Gründen des Allgemeinwohls! Nach den bisher gemachten Erfahrungen darf man kaum daran zweifeln, daß die Anregungen der Handelskammer bei den maßgebenden Stellen auf fruchtbaren Boden fallen werden.

Spandau. Die Wohnungsnot in der Stadt wächst sich immer mehr zu einem Schrecken, insbesondere für die Arbeiterklasse aus. Täglich kann man in den bürgerlichen Zeitungen spatienlange Annoncen lesen, in welchen WohnungsSuchende 50, 75, 100 RM. und mehr als Vermittelungsgebühr für eine Ein- oder Zweizimmerwohnung anbieten.

Spandau bietet heute ein reiches Studienfeld für Wohnungsreformer, Sozialpolitiker und Eitlichkeitsvereine, die feststellen können, wie durch eine ungeheure und vernachlässigte Wohnungspolitik schwerer Schaden an Gesundheit und enorme Gefahr für Rural- und Eitlichkeit entstehen.

Hoffentlich wird nun bald die für Groß-Berlin seit längerer Zeit angekündigte Wohnungsreform in Angriff genommen. Mit Worten wie bisher ist nichts getan.

Reinickendorf. Eierverteilung. Gegen Ausbändigung der Eierlarte wird von heute ab in den Eierverkaufsstellen je ein Ei zum Preise von 43 Pf. abgegeben. Sämtliche Eier sind vorher geklärt worden, ein Umlauf ist daher ausgeschlossen. Für die nächste Eierverteilung werden neue Eierlarten ausgegeben.

Preis Teltow. Ende einer Hundesperre. Mit dem Ablauf des gestrigen Tages endet die Hundesperre, die der Landrat des Kreises Teltow aus Anlaß eines Rossunfalls in Pflaferfeld am 22. November für die Ortsteile Lichterfelde, Lantow, Steglitz, Süden, Dahlen, Zehlendorf, Schönow, Seehof, Teltow, Osdorf und Marienfelde angeordnet hatte. Von heute ab können in diesen Gemeindebezirken die Hunde wieder frei umherlaufen.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Eine Kandidatur allgemeinen Mißtrauens.

Die Linkradikalen haben sich über die beschleunigte politische Entwicklung des Herrn Breitscheid so oft lustig gemacht, daß sie ihn unmöglich als ihren Erliesenen anerkennen können. Unlängst zog Dr. Franz Wehring, der doch selbst der Fraktion der „Unabhängigen“ im preussischen Abgeordnetenhaus angehört, im Stuttgarter „Sozialdemokrat“ gegen seinen eigenen Parteigenossen scharf los: so tief wurzelt das Mißtrauen. Die Bremer „Arbeiterpolitik“ verhielt sich bisher zurückhaltend, tritt aber nun ebenfalls scharf gegen den unbeliebten Kandidaten auf und verlangt die Aufstellung eines eigenen unabhängigen Wahlwerbers.

Die „Bergische Arbeiterstimme“ zitiert eine kleine freundschaftliche Bosheit des ebenfalls sehr „radikalen“ Herrn Franz Wehring von der „Allion“: „Die „Unabhängige Sozialdemokratie“ hat sich jetzt einen neuen politischen Witz geleistet: sie hat Audi Breitscheid, den professionellen Parteiführer, zu einem seriösen Reichstagskandidaten gemacht und diese samsche Kandidatur als befürwortet, begründet, entschuldigend: ... aber er ist ein guter Knecht!“

Vielleicht geht auch seine kleine Lüge auf Franz Wehring zurück, der etwa die radikalen Bedürfnisse des Herrn Wehring befriedigen dürfte. Die „Bergische Arbeiterstimme“ mahnt aber die streitenden Brüder zur Verhältnismäßigkeit, wobei ihr freilich ein schäbbares Gesandnis einschlägt: „Wir betheilen uns nicht, daß die Aufstellung des Genossen Dr. Breitscheid auch in unsern Reihen nicht allgemein für richtig gefunden wurde. Wer Breitscheid persönlich näher kennt, hält jedoch seine Aufstellung für begründbar. Wir selbst haben zu den Niederbarnimer Genossen das Vertrauen, daß sie ihre Wahl nach allen Richtungen vertreten können.“

Klapp und Klar in gemeinverständlichem Deutsch übertragen, heißt das, daß die Parteimitglieder Herrn Dr. Breitscheid mit Mißtrauen kommen lassen, daß ihn aber die Parteileitung ihren folgamen Anhängern aufzwang!

Charlottenburg. Die Parteigenossen, die sich Sonntag, den 17. d. M., an der Flugblattverbreitung zur Reichstagswahl im Wahlkreis Niederbarnim beteiligen wollen, werden ersucht, sich umgehend beim Unterzeitredner zu melden. Meldung kann mündlich oder schriftlich, auch telephonisch unter: Amt Wilhelm Nr. 4952 erfolgen. Zahlreiche Beteiligung dringend erforderlich.

Jugendveranstaltungen.

Weihensee. Arbeiter-Jugend. Heute, abends 8 1/2 Uhr, findet im Jugendheim, Charlottenburger Str. 3, Ode-Talkhofstr., ein Vortrag des Genossen A. Geisler statt über das Thema: Was heißt und was ist Imperialismus.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche Land bis Freitag mittag. Zunächst mild, nordlegend trübe und regnerisch, später allmählich fortschreitende Aufhellung und Abkühlung.

Gewinnauszug der 11. Preussisch-Süddeutschen (237. Königlich Preussischen) Klassenlotterie 2. Klasse 2. Ziehungstag 13. Februar 1918

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Kasse gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Table with 2 columns: (Ohne Gewähr u. G. u. I. S.) and (Nachdruck verboten). Lists winning numbers and amounts for the 11th Prussian-South German Class Lottery.

Table with 2 columns: (Ohne Gewähr u. G. u. I. S.) and (Nachdruck verboten). Lists winning numbers and amounts for the 11th Prussian-South German Class Lottery, continuing from the previous table.

Die Ziehung der 2. Klasse der 11. Preuss. Klassenlotterie findet am 12. und 13. März 1918 statt.

